

Dreikönigstreffen 2014:

Wie kann die Energiewende noch
gelingen?

Haben wir die Europäische Union
überfordert? Perspektiven der
europäischen Idee

Schriftenreihe:
Dialog Handwerk 1/2014

Herausgeber:
Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Verantwortlich:
Josef Zipfel

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:
Simona Roefßgen

Bilder:
Wilfried Meyer

Gestaltung:
Jessica Handke

Wie kann die Energiewende
noch gelingen?

Haben wir die Europäische
Union überfordert?
Perspektiven der europäi-
schen Idee

Dreikönigstreffen 2014
des nordrhein-westfälischen
Handwerks

Dokumentation des Dreikönigsforums mit

Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff
Hildegard Müller
Professor Dr. Justus Haucap
Reiner Priggen MdL
Lothar Hellmann
Holger Steltzner, Moderator
Andreas Ehlert

und des Dreikönigsessens mit
Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff
Hans-Bernd Wolberg
Herbert Reul MdEP

in der WGZ BANK AG
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf
am Donnerstag, 16. Januar 2014

Dialog Handwerk 1/2014

Inhalt

3 Zum Geleit

Dreikönigsforum

4 Begrüßung

Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

8 Podiumsdiskussion

Hildegard Müller
Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft

Professor Dr. Justus Haucap
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)

Reiner Priggen MdL
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag Nordrhein-Westfalen

Lothar Hellmann
Landesinnungsmeister Elektrotechnische Handwerke Nordrhein-Westfalen

Moderation:
Holger Steltzner
Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

24 Aussprache

30 Schlusswort

Andreas Ehlert
Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

Dreikönigsessen

32 Begrüßung und Einführung

Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff
Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

35 Grußwort

Hans-Bernd Wolberg
Vorsitzender des Vorstands der WGZ BANK AG

39 Festansprache „Haben wir die Europäische Union überfordert? Perspektiven der europäischen Idee“

Herbert Reul MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

49 Bisherige Veröffentlichungen

Zum Geleit

Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff, der langjährige Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags und der Handwerkskammer Düsseldorf, ist nicht mehr unter uns. Er verstarb am 17. Februar 2014.

Beim Dreikönigsforum 2014 haben wir ihn zum letzten Mal auf der politischen Bühne erleben dürfen: wie immer voller Energie und Mut, wie immer um kein klares Wort verlegen und wie immer mit viel Charme und Herzblut. So werden wir ihn in Erinnerung behalten.

Die vorliegende Dokumentation des diesjährigen Dreikönigsforums legen wir daher allen Lesern diesmal ganz besonders ans Herz. Sie hält noch einmal fest, wie Wolfgang Schulhoff leidenschaftlich über zwei Themen streiten konnte, die ihm gerade in den letzten Jahren besonders wichtig waren: die deutsche Energiewende und die europäische Integration.

Diese Themen werden das nordrhein-westfälische Handwerk auch in Zukunft immer wieder beschäftigen. Als Botschafter für eine am Menschen orientierte Wirtschaft und für ein Europa der kulturellen Vielfalt wird uns Wolfgang Schulhoff bei diesen und anderen Themen auch in Zukunft den Weg weisen.

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

Andreas Ehlert
Vizepräsident

Willy Hesse
Vizepräsident

Dipl.-Volksw. Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer

Düsseldorf, im April 2014

Dreikönigsforum

Begrüßung

Prof. Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff
Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung begrüßen. Es ist am Anfang eines Jahres immer ein schönes Bild, so viele bekannte Gesichter zu sehen, Gesichter von Menschen, die dem Handwerk sehr nahe stehen. Ich müsste Sie eigentlich alle begrüßen, aber das würde den Rahmen der Veranstaltung sprengen. Wir wollen ja die Podiumsrunde hören. Heute geht es um eines der wichtigsten Themen überhaupt. Lassen Sie mich daher stellvertretend für Sie alle einige wenige begrüßen.

Ich beginne mit unserem Hausherrn, Herrn Hans-Bernd Wolberg, und bedanke mich, dass wir in diesem Jahr wieder Ihr Gast sein dürfen!

(Beifall)

Ich darf mich aber auch ganz herzlich bei Ihrem Vorgänger bedanken, den ich ebenfalls herzlich begrüße, Herrn Werner Böhnke.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich Frau Daniela Schneckeburger, die stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der Grünen und wirtschaftspolitische Sprecherin. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich sehe hier unsere frühere Wirtschaftsministerin, Frau Christa Thoben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich einen alten Freund – nicht bezogen auf das Lebensalter, sondern auf die Zeit der Zusammenarbeit –, Herrn Dr. Kirchhoff, den früheren Arbeitgeberpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, mit dem uns wirklich eine freundschaftliche Zusammenarbeit über Jahrzehnte verbindet. Herzlich willkommen hier bei uns!

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich unsere Regierungspräsidentin, Frau Anne Lütkes. Ich bedanke mich, dass Sie gekommen sind.

(Beifall)

Ich begrüße auch meine Präsidentenkollegen. Ich bin sehr froh und glücklich, dass wir heute Herrn Otto Kentzler wieder unter uns haben.

(Beifall)

Lieber Otto, herzlich willkommen! Du hast für das Handwerk sehr viel getan, gerade in den letzten Jahren als ZDH-Präsident. Das Handwerk fühlte sich von dir immer hervorragend vertreten. Deshalb ausdrücklich meinen Dank an dieser Stelle an dich!

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dieter Philipp, und zwar in zweifacher Funktion: Du bist Aufsichtsratsvorsitzender dieses Hauses und Präsident der Handwerkskammer Aachen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße herzlich Willy Hesse, meinen Freund aus der Handwerkskammer Arnberg.

(Beifall)

Ich freue mich, dass ich Hans Rath begrüßen kann, meinen Präsidentenkollegen von der Handwerkskammer Münster.

(Beifall)

Ich freue mich auch, dass mein Vorgänger im Amt, Herr Hansheinz Hauser, wieder unter uns ist. Lieber Hansheinz, herzlichen Dank für alles, was du mir als deinem Nachfolger gibst und geben wirst. Ich hole mir immer gern deinen Rat. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Ich komme zu einem weiteren großen Freund des Handwerks. Ich begrüße ganz herzlich Herrn Reinhold Schulte, den Aufsichtsratsvorsitzenden



der SIGNAL IDUNA Gruppe. Er sagte mir vor einigen Tagen: Das ist das 27. Mal, dass er an einer derartigen Veranstaltung teilnimmt. Also: Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

Da wir am Anfang eines neuen Jahres stehen, wünsche ich Ihnen allen von ganzem Herzen ein glückliches, ein ausgefülltes Jahr und – ich füge hinzu – ein gesundes Jahr, was für mich das Wichtigste überhaupt ist.

Das Jahr hat gerade erst begonnen. Es verspricht ein politisch wichtiges und spannendes Jahr zu werden. Im Mai werden die Europa- und die NRW-Kommunalwahlen neue Weichenstellungen bringen. Ich bin gespannt, was die Europawahl uns alles beschern wird, nicht nur in Deutschland, sondern auch in unseren Nachbarländern.

Auf unserer Agenda steht heute die Energiewende – zusammen mit Europa eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre überhaupt, denn

hier werden ganz wichtige Weichen für uns alle gestellt. Wenn die Energiewende gelingt, ist sie eine große Chance für den Standort Deutschland und damit ein umweltpolitisches Signal erster Ordnung. Wenn sie aber misslingt, wäre das eine wirtschaftspolitische und umweltpolitische Bankrotterklärung.

Ich habe große Sorgen, dass wir uns mit der Art und Weise, wie wir das Gesetz bisher angegangen sind, auf dem Holzweg befinden. Dabei sehe ich alle Parteien in der Verantwortung.

Schon unter Rot-Grün wurden falsche Weichenstellungen vorgenommen. Die erste Große Koalition unter Angela Merkel hat daran nichts geändert. Die Koalition aus Union und FDP hat nach der doppelten Kehrtwende in Sachen Atomausstieg viel Hektik verbreitet, aber wenig Ordnung und Wettbewerb auf den Energiemarkt gebracht. Sie hat die Sache meiner Ansicht nach noch weiter verschlimmert. Die neue Große Koalition muss das deutlich besser machen. Ich hoffe, dass sie das nicht so ver stolpert, wie die Anfangsmo-

nate ihres Bestehens, als sie einige Themen nicht gerade in guter Form behandelt hat.

Der Schlüssel zu Erfolg und Misserfolg ist meines Erachtens das EEG. Herr Steltzner, Sie haben in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die EEG-Umlage kürzlich als „Subventionsmonster“ bezeichnet.

Das, was wir dort über weite Strecken erlebt haben, hat mit Wettbewerb wenig zu tun. Das ist Planwirtschaft übelster Art.

Über eines brauchen wir uns hier nicht zu streiten: Wir brauchen die Energiewende. Wir brauchen die Energiewende so nötig wie die Luft zum Atmen. Wir müssen weg von den fossilen Brennstoffen, weg vom Verbrennen, schon um die Umwelt nicht noch weiter zu belasten.

Und noch etwas ist völlig unstrittig: Wir müssen aus der Atomenergie aussteigen. Es gibt für sie keine politische Akzeptanz, kein Vertrauen mehr, zumindest nicht in unserem Land. Und ich bin froh darüber. Ich muss bekennen: Ich bin selbst erst seit einigen Jahren bekehrt. Ich habe immer auf Atomkraft gesetzt und darüber auch geschrieben. Aber die Verhältnisse zeigen, dass die, die bereits am Anfang dagegen waren, Recht behalten haben. Man muss in der Politik auch zugeben, wenn man mal auf einem falschen Weg war.

Wir müssen also auf erneuerbare Energien setzen. Das ist ein Gebot der ökologischen, aber auch der ökonomischen Vernunft. Wir haben dabei nur ein Problem: Das ist der Faktor Zeit.

Mit dem EEG haben wir viele Subventionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien gepumpt. Der Prozess verlief viel schneller, als wir uns das vorgestellt haben. Jetzt erzeugen wir Energie aus erneuerbaren Quellen teilweise zur falschen Zeit und teilweise auch am falschen Ort. Energie hoch subventioniert, aber nicht immer absetzbar! Denn dafür fehlt uns die Infrastruktur, fehlen uns die Leitungen, fehlen uns die Möglichkeiten, die erzeugte Energie zu speichern.

Also: Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis die erforderlichen Voraussetzungen für die Speicherung und Weiterleitung von Energie aus erneuerbaren Quellen geschaffen sind. Das heißt: Wenn

sich am EEG nichts grundsätzlich ändert, wird der Subventionsbedarf noch weiter steigen.

Im Koalitionsvertrag lese ich: „Die Koalition strebt eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an ...“ Man kann nur sagen: Gut gebrüllt, Löwe!

Dann lese ich weiter: „Mit der grundlegenden Reform, auf die wir uns verständigt haben, wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar bremsen ...“ Völlig richtig! Aber dann lese ich an anderer Stelle: „Die jetzt geltende Regelung“ – bei der Photovoltaik – „hat sich bewährt und wird beibehalten.“ Was soll man denn davon halten? Was stimmt denn: Das Erste oder das Zweite? Ganz offenbar folgt die Große Koalition dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich dabei bitte nicht nass!

Im Koalitionsvertrag lese ich weiter: „Ziel der Koalition bleibt es, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben.“ Das ist ein hohes Ziel. Dem kann man natürlich nur zustimmen. Allerdings konnte uns noch niemand darlegen, wie man den Gebäudebestand saniert ohne eine akzeptable steuerliche Anerkennung. Die bisherige Möglichkeit einer Zinssubvention stellt sich angesichts der niedrigen Zinsen als kein probates Mittel mehr dar; denn noch geringere Zinsen kann man ja gar nicht nehmen.

Im Übrigen gibt es nur die Möglichkeit, über ein Abschreibungsmodell die notwendige und wirklich anhaltende Sanierung durchzuführen. Jeder Euro Investition in der Bauwirtschaft ist geeignet, acht weitere Euro Investitionen nach sich zu ziehen. Letztlich bezahlt es sich selbst.

Insgesamt sehe ich derzeit nicht die Bereitschaft, das Ruder wirklich herumzuwerfen und marktwirtschaftliche Prinzipien zu verfolgen. Das mag auch an den Nutznießern dieser Fehlentwicklung liegen: den Besitzern großer Lagerhallen, den Einfamilienhausbesitzern, aber auch an vielen Landwirten. Wenn man Deutschland überfliegt, sieht man in manchen Regionen gar nicht mehr die Farbe der Dächer, sondern nur noch die Photovoltaikanlagen auf den Dächern.

Das will man natürlich nicht einfach aufgeben. Dafür habe ich Verständnis. Aber das ist trotz-

dem ein Ärgernis. Denn wer bezahlt das Ganze? Es ist wieder einmal der sogenannte „kleine Mann“, der ganz normale Steuerzahler und Verbraucher. Er zahlt die Zeche und hat im Grunde genommen nicht viel davon.

Des Weiteren gibt es im EEG für energieintensive Betriebe großzügige Ausnahmegenehmigungen. Ich halte das im Grundsatz auch für richtig – jedoch unter einer Voraussetzung: dass diese Betriebe im internationalen Wettbewerb stehen. Dann ist es völlig klar, dass man das machen muss; denn wir können mit den hohen Energiepreisen, die wir hier haben, nicht mit der billigen Atomenergie konkurrieren. Aber in letzter Zeit wird die Zahl derer, die wir unterstützen, immer größer. Dabei stehen viele von denen nicht im internationalen Wettbewerb.

Dieses Subventionsunwesen hat inzwischen auch die EU-Kommission auf den Plan gerufen. Manchmal ist sie nützlich; das kann man in diesem Zusammenhang wohl sagen.

Es gab viele Beschwerden, einige davon sogar aus Deutschland. Einige kamen von den kleinen und mittelständischen Betrieben, denen Subventionen nicht zuerkannt wurden bzw. zuerkannt werden und die deshalb unter Wettbewerbsverzerrungen zu leiden haben.

Ich will das hier einmal ganz pauschal sagen: Wir brauchen mehr Marktwirtschaft, wir brauchen mehr Wettbewerb. Einen nennenswerten wirtschaftspolitischen Kurswechsel vermag ich aber bis heute nicht zu erkennen. Folge: Die EEG-Umlage wird weiter steigen, wenn auch vielleicht nicht mehr ganz so stark – es sei denn, man verlagert die Finanzierung auf die nächste Generation. Diesen Vorschlag hat ja Frau Aigner gemacht. Ich kann ihr nur empfehlen, dass sie zur Landwirtschaft zurückkehrt.

Das „Handelsblatt“ hat neulich wie folgt kommentiert: Das Geld wird nicht mehr in Kübeln zum Fenster hinausgekippt, sondern nur noch mit Schaufeln. – Ich finde, das trifft den Punkt.

Angesichts dessen stellt sich mir die Frage: Wie kommen wir aus der beschriebenen Schieflage heraus? – Ich kann hier auch keine Lösung nennen. Wir brauchen eine Lösung, die viel Mut verlangt von den handelnden Politikern, weil sie

sagen müssen, dass die Subventionierung reduziert werden muss. Aber wer hat schon den Mut dazu? Ich glaube nicht, dass der Mut aus Bayern kommt, wo es wahrscheinlich die meisten Solaranlagen gibt.

Aber ich habe die Hoffnung, dass wir mit der Podiumsrunde, die wir hier heute haben, einen Schritt weiterkommen. Ich darf die Diskutanten vorstellen.

Ich freue mich, Hildegard Müller bei uns zu Gast zu haben.

(Beifall)

Sie ist Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft. Vorher war sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Düsseldorf-Nord, meine direkte Nachfolgerin. Sie hat Karriere gemacht, ich bin nur Präsident geworden.

(Heiterkeit und Beifall)

Also: Herzlich willkommen, Hildegard!

Ganz herzlich begrüße ich auch Herrn Reiner Priggen, den Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Düsseldorfer Landtag.

(Beifall)

Ich darf sagen: ein großer Freund des Handwerks.

Ich freue mich, dass wir heute wieder einmal Gelegenheit haben, die Sachkenntnisse eines sehr renommierten Ökonomen zu hören. Ich begrüße Herrn Professor Haucap ganz herzlich.

(Beifall)

Er ist der Chef des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie, einer der hoffnungsvollen – ich darf immer noch sagen – jungen Ökonomen, die wir haben, der aber schon sehr viel erreicht hat. Nochmals herzlichen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind!

Das Handwerk ist hier kompetent vertreten: Ich begrüße meinen Freund und Kollegen Lothar Hellmann.

(Beifall)

Er ist Diplom-Ingenieur, Vorsitzender des Fachverbandes Elektro- und Informationstechnische Handwerke Nordrhein-Westfalen. Zudem hat er ein bedeutendes Unternehmen, das wir gerne allen zeigen, die zur Handwerkskammer Düsseldorf kommen und einen modernen, innovativen Betrieb sehen möchten. Und er ist Mitglied des Vorstandes der Handwerkskammer Düsseldorf. Lothar, herzlich willkommen!

(Beifall)

Viele Jahre lang hat Günther Nonnenmacher von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unser Dreikönigsforum moderiert. Er konnte heute wegen einer eigenen Veranstaltung nicht kommen. Ich freue mich, dass er einen seiner Herausgeberkollegen für diese Aufgabe gewinnen konnte. Begrüßen Sie mit mir unseren heutigen Moderator, Herrn Holger Steltzner.

(Beifall)

Herr Steltzner ist natürlich kein Unbekannter. Er betreut auch unser Röpke-Symposium.

Das Schlusswort spricht später Andreas Ehlert, Vizepräsident des NWHT und Präsident der Arbeitgeber des nordrhein-westfälischen Handwerks. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns einen schönen, produktiven Nachmittag, an dem wir hoffentlich die Erkenntnisse bekommen werden, die wir brauchen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Podiumsdiskussion

**Moderator Holger Steltzner,
Mitherausgeber der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“:**

Lieber Professor Schulhoff, herzlichen Dank für die freundliche Einführung!

Meine Damen und Herren! „Wie kann die Energiewende noch gelingen?“ Diese Frage ist uns aufgegeben. Professor Schulhoff, Sie haben es gesagt: Wir sind wohl alle der Meinung, dass die Energiewende gelingen muss. Denn alles andere wäre ein Desaster.

Aber ob wir die Frage, wie sie noch gelingen kann, wirklich beantworten werden, das muss die Diskussion zeigen. Auf jeden Fall möchten wir Sie alle schon jetzt herzlich einladen, sich an der Debatte zu beteiligen.

Eine Billion Euro werde die Energiewende kosten, sagte der frühere Umweltminister Peter Altmaier in einem Gespräch mit der „FAZ“. Sofort nach unserem Interview machte sich Jürgen Trittin von den Grünen über Altmaier lustig, als er von „Märchenpeters Rechenkünsten“ sprach – ausgerechnet der frühere Umweltminister Trittin, der als Erfinder des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gilt und 2004 versprochen hatte, die Energiewende werde den Bürger nicht mehr als eine Kugel Eis pro Woche kosten.

Die Realität sieht anders aus. Ökostrom kostete 2013 jeden Bürger 240 Euro, eine vierköpfige Familie also knapp 1.000 Euro. Aus einer Kugel Eis wurde eine Monatsmiete.

Dennoch wollte Herr Trittin mir in einem Gespräch weismachen, die Energiewende sei auf jeden Fall ein gutes Geschäft, das EEG sei auf jeden Fall ein gutes Geschäft, weil doch die Preise für Öl und Gas nur eine Richtung kennen würden, nämlich nach oben.

Aber auch das gilt nicht mehr. Wir erleben in Amerika das Gegenteil: Dort hat sich durch das ökologisch strittige Fracking der Gaspreis gedrittelt, und dort sind obendrein die Kohlendioxidemissionen so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr – während der selbsternannte Klimamusterschüler Deutschland mehr CO₂ ausstößt als je

zuvor, denn im Rahmen der Energiewende wird mehr Kohle für die Stromproduktion eingesetzt.

Seit der Eurokrise jonglieren wir ja mit Milliarden, sind das also gewohnt. Aber eine Billion ist unvorstellbar viel. Das ist die Hälfte der deutschen Staatsschulden, die allerdings nicht in nur zwei Legislaturperioden, sondern über Generationen hinweg aufgebaut wurden.

Kein Wunder, dass Bundeskanzlerin Merkel die Reform des EEG als eines ihrer wichtigsten Vorhaben für ihre dritte Amtszeit nennt.

Um die uns gestellte Frage „Wie kann die Energiewende noch gelingen?“ ringt also das ganze Land. Bevor wir uns an der Antwort versuchen, sollten wir vielleicht erst einmal Bilanz ziehen.

Frau Müller, Sie haben bestimmt den besten Überblick. Wo stehen wir mit der Energiewende eigentlich? Was bringt diese Wende für den Verbraucher, die Unternehmen, die Versorger, aber auch die Investoren und die Haushalte? Also: Wo stehen wir mit der Energiewende?

**Hildegard Müller,
Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und
Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes
der Energie- und Wasserwirtschaft:**

Vielen Dank! Zuerst einmal möchte ich sagen, dass ich mich natürlich sehr freue, wieder zu Hause zu sein. Das gilt für Düsseldorf, das gilt aber auch für das Handwerk. Sie wissen, dass ich in meiner politischen Karriere immer schon sehr gute Gespräche und Kontakte mit dem Handwerk hatte. Ich freue mich auch, dass Energiewirtschaft und Handwerk heute in vielen Bereichen eine ganz enge Partnerschaft haben. Deshalb vielen Dank für die Einladung!

„Wo stehen wir?“ muss man fragen, wenn man 2010 Ziele der Energiewende beschließt und die auf 2050 hin definiert. Um das noch mal in den Blick zu nehmen: Wir wollen 2050 80 Prozent erneuerbare Energien haben, 80 bis 95 Prozent CO₂-Reduktion, Einsparungen, Effizienzsteigerungen und anderes mehr.

Ich sage das deshalb, weil es ein bisschen so ist, als ob man den Marathonläufer bei Kilometer vier fragt, wie der Lauf denn ausgehen wird.

Ich will also dafür werben, dass wir einen langen Atem haben. Wir brauchen politisch, wir brauchen aber auch gesellschaftlich einen langen Atem.

Wir stehen noch am Anfang von ganz vielen Veränderungen. Da ist zurzeit natürlich die finanzielle Dimension sehr im Fokus. Aber es wird weitere Zielkonflikte geben können.

Die Sicherheit der Energieversorgung, die Versorgungssicherheit, die früher überhaupt nicht zur Disposition stand, die einfach gewährleistet war, ist eine große Herausforderung in einem dezentralen System mit fluktuierenden Energien, die nicht mehr rund um die Uhr an jedem Ort zur Verfügung stehen.

Es können neue Konflikte auftreten. Wir erleben das bei vielen Bürgerinitiativen, die sich gründen. Manchmal geht der eine vom Widerstand gegen die Kernenergie über in den Widerstand gegen die Windenergie. Wir werden Flächenkonkurrenzen bekommen: für Biomasseanlagen, für Photovoltaikanlagen, für Windräder.

Ich will dafür werben, dass dieses Land gemeinschaftlich an diesem Gemeinschaftsprojekt, das man sich vorgenommen hat, weiterarbeitet.

So war es, glaube ich, sehr hilfreich, dass im Deutschen Bundestag fast fraktionsübergreifend – bis auf die Stimmen der Linken-Fraktion – die Ziele der Energiewende beschlossen wurden, was im Bundesrat bestätigt worden ist. Das ist ein ganz wichtiges Momentum für ein solches Projekt, wenn sich eine Gesellschaft vornimmt, bestimmte Anforderungen zu erfüllen.

Jetzt allerdings, drei Jahre danach, ist dieser Konsens an vielen Stellen brüchig. Wir laufen auch Gefahr, in einigen Bereichen wieder in alte ideologische Debatten zurückzufallen, zumindest in Diskussionsmuster. Energie war schon immer ein Thema, das die Leute extrem emotionalisiert hat. Ganze Parteien, Herr Priggen, haben sich über diese Frage gegründet.

Wir werden einen Weg finden müssen, dass wir mit Herausforderungen und Veränderungen, die im Laufe der Energiewende immer kommen werden – zum Beispiel durch Forschung und Entwicklung –, umgehen und in der Diskussi-

on nicht immer wieder bei null anfangen: Warst du immer schon dafür? Warst du immer schon dagegen? – Das kommt mir manchmal vor wie bei alten Ehepaaren, die sich seit 30 Jahren über irgendeine Frage streiten. Wir sollten stattdessen sagen, welche Herausforderungen es gibt und wie wir schnellstmöglich darauf reagieren können.

Dann sind wir ganz konkret bei vielen Themen. Wenn diese Ziele gesellschaftlicher Konsens sind, dann sollten wir uns auf den Streit über die Instrumente verlagern. Das ist ja die zentrale Frage, die Wolfgang Schulhoff schon angerissen hat. Die Energiewende kann und wird für Deutschland nur dann ein Erfolg und ein Erfolgsmodell, wenn wir sie so effizient wie möglich gestalten. Deshalb müssen wir um die Instrumente ringen.

Wir müssen schauen: Wo kommen wir in neue Phasen bei der Förderung der Erneuerbaren Energien? Waren die Anschubfinanzierungen richtig? Über lange Zeit hätten wir die Erneuerbaren schon viel stärker in den Wettbewerb stellen können, ich glaube, noch nicht zu 100 Prozent, aber wir müssen auf einen solchen Weg kommen.

Wir müssen die konventionelle Energieerzeugung umstellen, ein ganz wichtiges Thema.

Das Thema „Wärmemarkt“ ist ein „schlafender Riese“ der Energiewende. 40 Prozent der Emissionen kommen aus dem Wärmemarkt. In der letzten Legislaturperiode ist im Vermittlungsausschuss über 18 Monate ein Gesetz hängen geblieben, mit dem wir das Thema „Wärmemarkt“ entscheidend hätten voranbringen können. Wir streiten also wieder auf die bewährte Art und Weise und sind nicht auf der Suche nach Effizienz.

Für ein Industrieland wie Deutschland kann die Energiewende nur dann ein Erfolg werden, wenn wir beweisen, dass sie nicht zum Verlust von wirtschaftlicher Kraft führt, dass sie nicht zu Wohlstandsverlusten führt, dass sie für die Menschen gangbar und akzeptabel ist, wenn wir ein Stück Lebenswirklichkeit einpreisen und trotzdem ambitionieren wollen.

Das hört sich alles sehr abstrakt an, lässt sich aber im Laufe der Diskussion über die vielen Einzelteile der Gesetze herunterbrechen.

Ich kann nur alle Beteiligten auffordern, sich ein Stück konstruktiver in diese Debatte einzubringen. Wir haben jetzt eine neue Bundesregierung. Es steht eine Menge an. Der Koalitionsvertrag beschreibt die Herausforderungen. Er ist aber in den Lösungen, die er anbietet, nicht mutig. Er ist in vielen Bereichen zaghaft, was die Instrumente angeht. Deshalb gibt es Riesenhandlungsbedarf. Ich würde sagen: Die Energiewende ist sicher eines der zwei, drei wichtigsten Themen, die in dieser Legislaturperiode politisch zu bewältigen sind.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Priggen, noch einmal zu diesem griffigen Vergleich zwischen Eiskugel und Monatsmiete: Dazwischen liegen ja Welten. Gerade diese Woche hat der Initiativkreis Ruhr eine Umfrage von Forsa vorgelegt, der zufolge 73 Prozent der Befragten die Energiewende inzwischen kritisch sehen. Im Ruhrgebiet sind laut dieser Umfrage 62 Prozent der Bürger nicht mehr bereit, wegen der Energiewende immer höhere Strompreise hinzunehmen.

Wenn uns dieses gemeinsame Projekt in einer gemeinsamen Anstrengung gelingen soll, brauchen wir die Akzeptanz der Bevölkerung. Also: Wie können wir die Akzeptanz der Bevölkerung sichern, damit die Energiewende doch noch gelingen kann?

Reiner Priggen MdL, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein/Westfalen:

Als Erstes sollten wir, finde ich, die Energiewende nicht schlechtreden. Es ist eine Titanenleistung. Das, was als konsensuales Ziel von Herrn Professor Schulhoff und auch von Frau Müller beschrieben worden ist und was sich durch alle Jahre der Kanzlerschaft von Frau Merkel in unterschiedlichen Koalitionen durchzieht, ist, dass wir innerhalb von 40 Jahren, also bis 2050 – innerhalb einer Generation –, die Energieversorgung in der Bundesrepublik grundsätzlich umstellen wollen in Richtung erneuerbar und nachhaltig. Das ist Konsens.

Jetzt wird klar, dass es eine Titanenaufgabe ist, nicht nur in der Hinsicht, dass sich bestimmte Gesetze, Mechanismen, Techniken entwickeln, sondern auch im Management. Wir werden immer wieder nachjustieren müssen. Wir werden immer wieder berücksichtigen müssen, dass Fehler und Irrtümer passieren können.

Für mich gehört dazu, dass wir als Erstes ehrlich und klar sagen: Warum stehen wir heute in einer sehr aufgeladenen, emotionalen Debatte? Das fand ich spannend beim Beitrag von Herrn Professor Schulhoff eben: Es geht immer um die Solartechnik, es geht um das EEG. Aber welche Baustellen haben wir heute? Wie soll ein Strommarkt aussehen, wenn die Erneuerbaren über die 25 Prozent der Einführungsphase hinausgehen, systembestimmend werden, in zehn, fünfzehn Jahren systemdominant werden? Dann sieht das alles anders aus. Es geht nicht nur um eine Technik. Und es würde sich nichts an den Problemen ändern, wenn Sie sagen: Ab morgen wird keine Solarzelle mehr gebaut. Insofern sollte man kein falsches Gefecht führen.

Wir müssen auch ehrlich sagen: Wir haben Jahre verloren. Wir haben, als der erste Atomausstieg von Rot-Grün beschlossen wurde, auf der Seite von RWE und dann leider auch auf der konservativ geführten Seite das Versprechen gehabt, diesen Ausstieg nach dem nächsten demokratischen Wechsel rückgängig zu machen. Dann haben einige große Unternehmen nichts mehr gemacht, nichts weiterentwickelt. Ein Teil der Probleme, die wir heute haben, sind auch auf diese zehn verlorenen Jahre zurückzuführen.

Dann hat es die Wunschkonstellation CDU/CSU und FDP in der Bundesregierung gegeben. Es hat die Wende von der Wende beim Atomausstieg im Oktober 2010 gegeben. Kurz danach ist die Katastrophe in Fukushima in Japan passiert, die noch lange, lange nicht zu Ende ist; da werden wir noch vielen, vielen Problemen begegnen. Danach – das ist jetzt eines der Hauptprobleme, die wir aber auch lösen müssen – hat die Bundesregierung die Arbeit an der Energiewende eingestellt.

Gucken Sie sich nur mal an, wie die Zahl der von der EEG-Umlage teilweise befreiten Unternehmen gestiegen ist. Die hat sich innerhalb von drei Jahren verdreifacht. Es rächt sich jetzt, dass wir

in einer Prozesssituation, die sehr, sehr herausfordernd ist, drei Jahre lang Streit erlebt haben. Wenn Herr Altmaier einen vernünftigen Vorschlag gemacht hatte, ist eine halbe Stunde später das Dementi von Herrn Rösler gekommen.

Ich weiß, Herr Schulte, dass wir bei der Netzagentur mal darüber diskutiert haben, die Pensionsfonds und Lebensversicherer mit einer garantierten Rendite am Ausbau der Netze zu beteiligen. Heute würden Sie sagen: Dafür bauen wir die Netze, die Autobahnen und alle Infrastrukturen.

Es ist aber nichts passiert, als Peter Altmaier den Vorschlag gemacht hat – außer dem sofortigen Dementi durch den Bundeswirtschaftsminister.

Jetzt sind wir in der Situation – objektiv; wir hätten ja auch eine andere Konstellation haben können –, dass diejenigen, die in Berlin regieren müssen, die Aufgabe haben, sowohl das EEG zu novellieren – ich will überhaupt nicht bestreiten, dass wir da Änderungsbedarf haben, dass da Überförderung drin ist – als auch den weiteren Weg zu beschreiben. Es würde uns überhaupt nichts nützen, wenn wir alles, was wir an Technologie, an Know-how, an Arbeitsplätzen aufgebaut haben, völlig kaputt gehen lassen würden. Das wäre ein Riesenfehler, weil ich glaube, dass es langfristig gar keine Alternative gibt.

Die Herausforderung liegt darin, den Emissionshandel wirksam zu gestalten. Er war angelegt als Emissionshandel, aber leider mit überdimensionierter Verteilung von Emissionsrechten. Das hat zu genau den Problemen geführt, die wir jetzt haben: Die modernsten Gaskraftwerke werden stillgelegt, und die Braunkohle läuft wirklich bis zur letzten Stunde. Wir wenden viel Geld auf für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und bekommen beim Klimaschutz real Jahr für Jahr schlechtere Ergebnisse.

Die ganz entscheidende Frage lautet: Wie sieht ein Strommarkt, ein Strommarktdesign aus? Wie schaffe ich es, das, was ja einen Wert hat, nämlich die Versorgungssicherheit herzustellen, diese bei volatilen Erneuerbaren, die weiter zunehmen, in einen vernünftigen Preis zu bringen und diese nicht überdimensioniert an die ältesten Kraftwerke zu zahlen? – Das ist die Aufgabenbeschreibung.



Die Redner des Dreikönigsforums: Andreas Ehlert, Lothar Hellmann, Holger Steltzner, Hildegard Müller, Reiner Priggen MdL, Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff, Professor Dr. Justus Haucap (von links nach rechts)

Ich glaube, die Zeiten waren noch nie so spannend. Wir warten alle – ich bin ja auch bei Herrn Almunia und Herrn Oettinger gewesen – auf die Vorschläge, die die Bundesregierung macht, die in den Häusern vorbereitet werden. Wir Grüne werden das natürlich – weil wir jetzt in sieben Bundesländern mitregieren – begleiten.

Ich kann nur dafür werben, dass der Kompromiss, der gefunden wird – das erfordert auch von uns Kompromissbereitschaft –, breiter ist als nur bezogen auf die beiden Regierungsparteien, weil wir sonst nämlich wieder vor der Frage stehen würden: Gilt die Lösung auch noch in drei Jahren, nach der nächsten Bundestagswahl? Der endgültige Atomausstieg 2012 war ein vernünftiges Beispiel dafür, einen ganz breiten Konsens zu suchen.

Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt. Wir warten auf die Vorschläge, die die Bundesregierung an der Stelle macht.

Zahlenbeispiele sind immer sehr schön. Sie haben eben vorgerechnet, Herr Steltzner, was eine vierköpfige Familie zahlt: 240 Euro pro Person, 1.000 Euro pro Familie. Ich habe jetzt einfach mal eine Rechnung über 5 Cent die Kilowattstunde im abgelaufenen Jahr für meine vierköpfige Fa-

milie und 4.500 Kilowattstunden – was noch zu viel ist, was ich gestehe – gemacht. Dann bin ich bei ungefähr 220, 230 Euro für meine Familie.

Ich habe dazu sofort Herrn Haucap gefragt. Der sagt: Ja, Sie müssen aber rechnen, was insgesamt ausgegeben wird. Ich kann nachrechnen, was ich als Einzelner bezahle, weil das sauber ausgewiesen wird. Dann bin ich bei etwa 230 Euro für eine ganze Familie und nicht pro Person. Er rechnet anders. Insofern sollten wir bei allem, was wir rechnen und uns vorhalten, wirklich genau hingucken. Man macht damit ja immer wieder Stimmung. Es nützt uns aber nichts, das ganze Thema schlechtzureden.

Ich ärgere mich, dass im Ruhrgebiet – wie es in den letzten Tagen auch mit der Karawane der 16 Bürgermeister geschehen ist – insgesamt wieder der Eindruck entsteht, Nordrhein-Westfalen sei in dem ganzen Prozess schlecht aufgestellt und könne nur als Bittsteller nach Berlin gehen. Das wird vermittelt. Bei allem legitimen Interesse der Bürgermeister an einer besseren Finanzausstattung: Im Dezember 2013 hat in den Niederlanden ein Aluminiumbetrieb Insolvenz angemeldet, weil unsere Strompreise für die Aluminiumindustrie so günstig sind, dass aus Wettbewerbsgründen in den Niederlanden 10 Euro je Megawatt-

stunde mehr bezahlt werden müssen. Man muss also auch immer sehen, dass das interessengeleitete Argumentationen sind. Daher sollten wir uns zusammen auf den Prozess konzentrieren, der vor uns liegt und schwierig genug wird.

Moderator Holger Steltzner:

Aber natürlich beunruhigen die steigenden Strompreise die Menschen, lassen die Akzeptanz der Energiewende schwinden. Professor Schulhoff hat ja eingangs die Frage aufgeworfen: Brauchen wir nicht mehr Markt, haben wir nicht eine Planwirtschaft? Dazu ein kurze Rekapitulation und dann eine Frage an Sie, Herr Haucap.

Das EEG ist in meinen Augen ein Musterbeispiel dafür, wie ein Staatseingriff in einen Markt den nächsten Staatseingriff nach sich zieht. Wegen des zu schnellen Ausbaus von Wind- und Solaranlagen kann unser deutsches Stromnetz die Produktionslast an sonnigen, windigen Sommertagen nicht tragen, und die Solar- und Windparkbetreiber bekommen Geld dafür, dass sie ihre Anlagen abschalten, also Geld fürs Nichtstun. Und an trüben Wintertagen, an denen die Sonne nicht scheint, der Wind nicht weht, müssen die Versorger auch die alten Braunkohlekraftwerke weiter einsetzen, die sich nicht rechnen. Der Staat soll diese Konzerne künftig auch fürs Nichtstun bezahlen, dafür, dass sie Kapazitäten vorhalten, die sich in der Regel nicht rechnen.

Subvention folgt auf Subvention. Da stellt sich natürlich die Frage: Wo soll das enden? Können wir die Energiewende mit mehr Planwirtschaft retten, Herr Haucap? Oder wie bringen wir mehr Markt hinein, um vielleicht auch das Preissignal als zentrales Instrument zu nutzen?

**Professor Dr. Justus Haucap,
Düsseldorf Institute for
Competition Economics (DICE),
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:**

Es gibt sicherlich eine ganze Reihe an Möglichkeiten, wie man dort mehr Markt hineinbringen kann. Das ist im Bereich der erneuerbaren Energien auch dringend notwendig, damit die Energiewende tatsächlich gelingt.

Warum ist das so? Der Wettbewerb an sich ist ja kein Selbstzweck. Für die Energiewende werden

eigentlich immer drei Ziele festgehalten: Preisgünstigkeit, Umweltschutz und Versorgungssicherheit. Aber wie sind diese Ziele nun ausgestaltet?

Wohldefiniert sind die Ziele beim Umweltschutz. Da wissen wir ziemlich genau, was wir wollen. Erstens wollen wir raus aus der Atomenergie. Das wird auch gelingen; daran habe ich relativ wenig Zweifel.

Als zweites wollen wir – so versteht es auch die Monitoringgruppe zur Energiewende – etwas für den Klimaschutz tun. Nun können wir aber den Klimawandel nicht in Deutschland allein aufhalten. Wir werden den Klimawandel vielmehr nur dann wirksam begrenzen können und das Zwei-Grad-Ziel möglicherweise halten, wenn nicht nur in Deutschland eine Energiewende stattfindet, sondern wenn es auch noch andere Länder auf der Welt geben wird, die etwas Ähnliches machen. Deutschland ist viel zu klein, um den Klimawandel allein zu beeinflussen. Ohne Mitstreiter wird sich klimatechnisch überhaupt nichts tun. Die Energiewende ist gescheitert, wenn wir keine Nachahmer finden. Wir müssen also Nachahmer finden, damit die Energiewende gelingt.

Man kann verschiedene Hypothesen aufstellen, wie wir wohl Nachahmer finden werden. Meine Hypothese lautet: Wir finden Nachahmer, wenn wir demonstrieren können, dass das Ganze nicht unglaublich teuer ist, nicht mit einem hohen Verlust an Arbeitsplätzen einhergeht und die Versorgung weiter gesichert ist.

Sollten wir hingegen demonstrieren, dass die Energiewende nur dann möglich ist, wenn das Ganze unglaublich teuer ist, wird es – das ist meine Befürchtung – keine Nachahmer geben.

Das aber heißt, dass das Gebot der Preisgünstigkeit, der Wirtschaftlichkeit, nicht nur wichtig ist, um die Akzeptanz hier in Deutschland, die zu schwinden droht, zu retten, sondern auch, um die Energiewende zum internationalen Vorzeigeprojekt zu machen – in der Hoffnung, dass es dafür Nachahmer geben wird. Ohne Preisgünstigkeit wird es keine Nachahmer für die Energiewende geben. Dessen bin ich mir absolut sicher.

Wie können wir das schaffen? Bisher ist Wettbewerb auf vielen Märkten immer ein probates Mittel gewesen. Es gab ja schon vor der Koalitionsvereinbarung eine sehr intensive Diskussion in Deutschland. Daran hat sich der BDEW stark beteiligt, die Monopolkommission – wir haben da teilweise etwas andere Vorstellungen als der BDEW –, auch das Freiburger Öko-Institut und andere Institute.

Aber es gab doch so etwas wie einen Konsens unter den Sachverständigen – vom Freiburger Öko-Institut über den BDEW bis hin zur Monopolkommission, den Sachverständigenrat und die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und wen auch immer man aufzählen möchte –, dass wir so etwas brauchen wie die sogenannte Direktvermarktung erneuerbarer Energien. Das heißt, dass jeder, der Strom erzeugen möchte oder jetzt neue Anlagen baut, um Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, selbst die Verantwortung für die Vermarktung übernehmen muss. Das ist auf fast allen Märkten üblich: Wer etwas produzieren und verkaufen möchte, der muss sich selbst um den Verkauf kümmern. Wir müssen weg von der sogenannten Produce-and-forget-Mentalität, bei der es mir egal ist, ob irgendjemand braucht, was ich erzeuge – ich speise ein und bekomme die garantierte Vergütung.

Zu meinem Bedauern – das trifft es nicht –, zu meinem Schrecken hat die Große Koalition noch nicht mal diesen eigentlich unter Experten schon vorhandenen Konsens in den Koalitionsvertrag hineinschreiben können. Da steht nur sehr abgeschwächt: Ja, wir versuchen das mal mit der Direktvermarktung – und dann auch nur für die allergrößten Anlagen. Man streitet sich dann um die Frage: Was ist, wenn ich meinen Windpark geschickt in viele kleine Anlagen aufteile? Muss ich dann auch direkt vermarkten? – Der Koalitionsvertrag ist ein mutloses Dokument!

Ich habe aber noch Hoffnung; denn wir haben ja eine Große Koalition, wir haben also eine große Mehrheit. Da sollte man den Mut haben, sofort zur Direktvermarktung zu kommen: Wer in Zukunft aus erneuerbaren Energien Strom erzeugen möchte, der muss sich selbst darum kümmern, den zu verkaufen, und zwar zu Marktpreisen plus „x“? Denn allein sind die Erneuerbaren

noch nicht überlebensfähig. Wir müssen noch einen „Schnaps“ auf den Marktpreis draufgeben.

Das kann über verschiedene Modelle funktionieren. Es gibt das Prämienmodell, das vom Öko-Institut befürwortet wird. Es gibt das Ausschreibungsmodell, das von verschiedenen Teilen der Politik befürwortet wird, auch von Professor Bofinger. Es gibt dann einen Investitionskostenzuschuss oder irgendeine andere Art von Zulage zum Marktpreis. In der Monopolkommission setzen wir auf ein Zertifikatmodell. Wer grünen Strom erzeugt, erhält ein Grünstromzertifikat, das er separat verkaufen kann, wobei die Energieversorger verpflichtet werden, diese Zertifikate in einem vordefinierten und steigendem Umfang nachzufragen.

Über die Modelle kann man trefflich streiten. Die Hauptsache ist der Sprung zur Direktvermarktung. Dann sind wir schon mal ein großes Stück weiter. Danach können wir über die Feinheiten der Modelle streiten. Aber zur Direktvermarktung müssen wir kommen. Ansonsten fährt die Energiewende vor die Wand – und zwar nicht nur hier, sondern auch, weil wir dann keine Nachahmer finden werden.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Frau Müller, nicht nur, weil Sie gerade aus Berlin gekommen sind, sondern auch, weil Sie in Berlin wunderbar vernetzt sind: Wissen Sie, warum dieser allgemeine Konsens „Direktvermarktung“ doch keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat und man so – wie sagten Sie, Herr Haucap? – mutlos ist in dieser Hinsicht?

Hildegard Müller:

Entschuldigen kann ich diese Mutlosigkeit in keinem Fall. Ich stimme Herrn Haucap da ausdrücklich zu. Ich glaube, es hat sich eine breite Front derer herausgestellt, die sagen: Das ist ein Grundinstrument, mit dem wir in eine Richtung gehen, wo sich auch die Erneuerbaren finanziell, aber auch systemisch – das ist genauso wichtig – der Verantwortung stellen. Das ist in dem einen oder anderen politischen Lager noch nicht hundertprozentig Konsens, Herr Priggen. Aber zumindest in einer Großen Koalition kann man nicht sagen: Das war der oder der.

Ein Problem des Koalitionsvertrages ist, dass daran zwar 15 Ministerpräsidenten mitverhandelt haben, nun aber keine Konsequenzen gezogen werden. Das ist gerade bei dem Thema „Erneuerbare“ eine ganz zentrale Frage. Wenn Sie die Länderpläne aufaddieren, kommen Sie auf 160 Prozent Ausbauziele.

Es gibt in diesem Koalitionsvertrag leider keine Aussage zu der Frage, wie die Bundesländer miteinander umgehen. Die EEG-Umlage hat mittlerweile mehr als das dreifache Volumen des Länderfinanzausgleichs. Wenn ich Ihnen einmal den Transfer unter den Bundesländern aufzeigen würde, sähen Sie, dass massive Interessen dahinterstehen. Es gab kein Commitment der Länder. Das ist, glaube ich, die größte Herausforderung, vor der wir stehen: das vernünftig zu gestalten, dass also nicht jeder überall so schnell wie möglich so viel wie möglich macht, sondern dass wir das effizient machen, ein Optimum aus Netzausbau und Standort der Erneuerbaren.

Schaute man dann auf die Koalitionsfraktionen selber, stellte man fest, dass beide Arbeitsgruppen in sich zerstritten waren. Durch beide Gruppen gingen Brüche zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitikern. Es ist keinem gelungen, diese Brüche zu befrieden, zu schließen.

Man muss verantwortlich mit dem Thema umgehen und sagen: Natürlich muss weiter ausgebaut werden, aber es muss sich auch an der Fördersystematik etwas ändern. Dieser Konsens ist nicht genutzt worden. Die Zielkorridore, die Zeitkorridore, die im Koalitionsvertrag beschrieben werden, sind viel zu lang. Man kann nur hoffen, dass es bei der Kabinettsklausur in Meseberg die Erkenntnis gibt, dass man die EEG-Reform wesentlich schneller durchziehen kann als im Koalitionsvertrag beschrieben. Man muss sie auch schneller durchziehen; ansonsten wird die Kostenentwicklung so weitergehen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Billiger wird es in keinem Fall. Es kann in Zukunft nur nicht mehr so ungebremst viel teurer werden wie in der Vergangenheit. Wenn wir weiter zubauen wollen, wenn wir noch nicht hundertprozentig marktnah sind, gehört auch das zur ehrlichen Aussage dazu. Aber umso mehr sind alle gefordert, so schnell wie möglich etwas zu tun.

Wie gesagt: Beide Gruppen waren in sich zerstritten. Es kam nicht ausreichend Druck von einer politischen Seite. Erst in den letzten 24 Stunden ist über die Parteispitzen noch in einigen Punkten ein positives Maß an Konkretisierung in die Verhandlungen hineingekommen. Die Facharbeitsgruppen sind, finde ich, ihrem Auftrag in den Koalitionsverhandlungen nicht gerecht geworden.

Moderator Holger Steltzner:

Bevor wir zu dem Punkt „energetische Sanierung“ kommen: Ich habe Ihren zaghaften Widerspruch gehört, was den Konsens angeht, Herr Priggen. Warum klemmt es bei genau dieser Frage?

Reiner Priggen:

Mein Widerspruch ist nicht zaghaft, ich möchte nur höflich sein. Nur weil Sie drei der gleichen Meinung sind, kann ich ja nicht immer laut dazwischenrufen; das tut man nicht.

Es ist doch ganz einfach: Wenn schon in der Großen Koalition diejenigen, die das ausverhandeln, bei dem Druck, der insgesamt da ist, nicht zu einem Ergebnis kommen, dann kann es keinen Konsens gegeben haben. Es nützt auch nichts, wenn man behauptet, es habe ihn gegeben.

Wenn die Bundesregierung jetzt ankündigt – Frau Müller kennt das doch aus ihrer Regierungspraxis –, uns Ostern einen Gesetzentwurf zur EEG-Novelle vorzulegen, was wäre das schon für eine Riesenleistung in den beteiligten Ministerien? Man muss sich entscheiden: Entweder macht man eine Novellierung des EEG, wie es im Koalitionsvertrag steht, und führt die Direktvermarktung zu einem späteren Zeitpunkt ein, oder man macht noch mal wieder etwas ganz anderes, viel Weitergehendes. Dann werden wir Ostern aber keine Novelle vorliegen haben.

Ich gehe ganz pragmatisch davon aus: Es wird eine Novellierung geben mit einer Absenkung der Preise. Die wird in Teilen deutlicher sein.

Wenn man jetzt als Erstes die Direktvermarktung einführen würde, dann erklären Sie mir mal, wie jemand, der eine 3- oder 4-kW_p-Photovoltaik-Anlage auf dem Dach hat, den Strom direkt ver-

markten soll. Dann bricht sofort alles zusammen, dann wird keiner mehr etwas machen.

Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie nicht Ausbauziele beschreiben, die Sie von mir aus etwas gebremst und gedämpft, aber kontinuierlich weiterverfolgen wollen. Ich habe das eben schon gesagt: Wir haben eine Verdreifachung der Zahl der von der EEG-Umlage teilweise befreiten Unternehmen innerhalb von drei Jahren. Wir müssen jetzt klarkommen mit dem, was vor drei Jahren angefangen wurde an die Wand zu fahren. Wir kommen aus dieser Situation nicht heraus, auch nicht um den Preis, dass wir jetzt den ganzen EEG-Ausbau auf null setzen.

Ich sage Ihnen jetzt etwas, da gehe ich weiter als meine Partei: Der Vorschlag von Frau Aigner unterscheidet sich von dem Vorschlag von Herrn Töpfer, der ja auch einen gemacht hat, sehr deutlich. Der Vorschlag von Herrn Töpfer hatte aus meiner Sicht auf der ganzen Grundlinie intelligente Elemente.

Es geht um die Einführungskosten des EEG; ich bleibe mal bei der Photovoltaik. Bei uns in Aachen waren das vor 15 Jahren 2 DM je Kilowattstunde. Das sind jetzt plus/minus 10 Cent. Das liegt unter dem, was die Briten anscheinend bereit sind über 35 Jahre für neue Atomkraftwerke zu bezahlen. Die Degression bei den Erneuerbaren ist sehr gut, sie ist ein Teil der Einführung einer neuen Technik in Richtung Markt. Diese Lernkurve müssen wir bezahlen, aber der weitere Ausbau wird deutlich billiger.

Klaus Töpfers Vorschlag war klug. Er wollte, dass man die Einführungskosten separiert und über einen Altfonds bezahlt. Das, was jetzt in der Zukunft kommt, wird ja wesentlich billiger sein. Das ist von Frau Aigner leider anders übersetzt worden, weil sie den Ausbau in der Zukunft in einen Fonds hineinpacken wollte. Dann hat Herr Seehofer wie immer die rote Karte gezogen. Jetzt ist die Grundidee dieses Vorschlags, glaube ich, leider politisch verbrannt.

Ich will nur sagen: Es gibt interessante und gute Vorschläge. Wir können uns wohl nur nüchtern darauf einstellen, dass eine EEG-Novelle mit deutlich abgesenkten Preisen kommen wird. Sie wird auch Offshore-Windenergie limitieren. Das ist ja der größte Kostentreiber. Man wird sagen:

Wir machen ein Fenster mit 500 oder 600 MW pro Jahr, damit nicht alle Investitionen, die an der Küste getätigt worden sind, sofort verloren sind. Da sind Kapazitäten aufgebaut worden, Montageschiffe bestellt worden und anderes mehr, die sich noch nicht rentiert haben. Wenn man das jetzt einstellt, gehen an der Küste alle Infrastrukturbemühungen für Offshore Windkraft kaputt. Deswegen wird man die Ausbauziele absenken. Das halte ich auch für richtig.

Man wird es aber sicher nicht schaffen, 16 Bundesländern Einzelkontingente zu geben, indem man beispielsweise sagt: Ihr dürft in NRW noch 300 MW Windkraft im Jahr erzeugen usw. Man sollte den weiteren Ausbau der Windkraft im Binnenland über den Vergütungspreis steuern.

Und dann müssen wir auch die Frage der Zurverfügung-Stellung von Reserveleistung beantworten. Auch da wird es nicht sofort eine Lösung geben. Ich kann mir einen Kapazitätsmarkt sofort wünschen. Aber ich glaube – wir haben im Vorfeld ja viel darüber diskutiert –, es gibt von niemandem ein fertiges Modell, das sofort umgesetzt werden könnte. Also wird man mit dem alten Mechanismus, den Herr Rösler schon angewendet hat, den man etwas verbessern kann, die nächsten zwei, drei Jahre überleben müssen, um in der Zwischenzeit ein neues Marktdesign zu erarbeiten.

Moderator Holger Steltzner:

Ausgangspunkt war ja die Überlegung: Wie können wir mehr marktwirtschaftliche Instrumente in ein planwirtschaftliches EEG-System bekommen? Vielleicht über Direktvermarktung? Sie sagen nun: Das ist falsch. Wir müssen die Investitionen zumindest zum Teil auf die nächste Generation überwälzen und eine Dämpfung mit Blick auf die Zukunft vornehmen. – Wir haben auf der anderen Seite den Kapazitätsmarkt, zu dem wir bestimmt nachher noch kommen werden. Dann wären wir das einzige Land, das sich den Luxus erlaubt, zwei komplette Energiesysteme nebeneinander zu betreiben. Da geht es dann um die Frage Weltklima und Vorbildfunktion.

Jetzt sollten wir vielleicht doch noch die Kurve bekommen in Richtung des großen, zentralen Themas „Wärmemarkt“. Den haben wir vorhin schon kurz angesprochen.

Frau Müller, wollen Sie dazu direkt etwas sagen?

Hildegard Müller:

Zum Thema „Direktvermarktung“. Es hieß ja: Das können die alle nicht. – 80 Prozent der Windenergie sind bereits in der Direktvermarktung. Da sind Riesenpotenziale. Die können das sofort. Ob sie das wirtschaftlich immer so attraktiv finden, das fragt man auch andere Produzenten nicht. Also: Wind kann das sofort.

Auch Photovoltaik kann sich intelligent zusammenschalten. Es gibt Stadtteilmodelle gerade in Ballungszentren. Da ist eine ganze Menge an Modellen und an Vorschlägen auf dem Markt. Da kann man auch gerne über Pilotierungen usw. beginnen. Aber die Jahreszahl im Koalitionsvertrag ist auf jeden Fall zu spät.

Auch wenn das kompliziert ist: Es wird nicht besser dadurch, dass wir die Diskussion ein Jahr später beginnen. Wir können in diesem Jahr mit der Frage starten: Wie werden wir Versorgungssicherheit additiv sicherstellen? Ich bin da übrigens ein bisschen positiver als andere. Ich glaube, da sind gute Konzepte auf dem Markt. Wir haben zum Beispiel dezentrale Modelle vorgeschlagen, die eine ideale Kombination mit dem Ausbau der Erneuerbaren darstellen.

Wir diskutieren beim EEG über die Kostenverteilung. Je mehr Ausnahmen wir bekommen, umso ungerechter wird das Ganze. Wir diskutieren jetzt auch über Fondsmodelle. Das kann man alles machen. Ich will nur sagen: Einen Euro günstiger wird es dadurch noch nicht. Eine andere Verteilung ist volkswirtschaftlich gesehen noch kein Effizienzgewinn, wenn ich das so sagen darf.

Ich warte auch seit drei Monaten auf Antworten von Herrn Töpfer, den ich wirklich sehr schätze, der in dieser Debatte viel vorangebracht hat. Aber man muss auch sehr vorsichtig mit der Frage umgehen: Wo schafft man wieder steuerliche Finanzierungen, die sich immer gerne als Verschiebeparkplätze eignen? Diese Skepsis zieht sich ja quer durch: Wir haben die Ökosteuer, wir bremsen für die Rente und viele andere Dinge mehr.

Deshalb sage ich: Lassen Sie uns erst über Strukturformen reden – und dann über die Finanzreform. Das ist mir ganz wichtig. Ich glaube, für die Strukturreform gibt es mutige Modelle. Wir wollen zum Beispiel nicht sofort ein Ausschreibungsmodell, weil wir meinen, das überfordert die Erneuerbaren heute noch ein Stück. Aber auch das kann man pilotieren. Bestimmte größere Einheiten sind besser geeignet, Windparks etc.

Wir müssen beginnen. Im Koalitionsvertrag sind vom Zeithorizont her einige Dinge für die nächste Koalition beschrieben. Dafür gibt es null Rechtfertigung. Null!

Moderator Holger Steltzner:

Herr Hellmann, jetzt aber mal eine Stimme aus der Praxis, aus dem täglichen Leben, sozusagen jenseits des politischen Streits. Wie sehen Sie das?

**Lothar Hellmann,
Landesinnungsmeister Elektrotechnische
Handwerke Nordrhein-Westfalen:**

Ich finde, man muss die Energieversorgung und das EEG bezogen auf die Erneuerbaren neu definieren. Meines Erachtens brauchen Kilowattstunden, die nicht benötigt werden, erst gar nicht erzeugt werden.

Gerade wir im Handwerk, die wir als die Energiemanager, als die Fachbetriebe für Energieeffizienz gelten, sind prädestiniert dafür, Industrie, Gewerbebetriebe, aber auch den normalen Verbraucher zu beraten und Energieeffizienzmaßnahmen in die Gebäude, in die Haushalte zu bringen, damit die Stromkosten um die Differenz des EEG reduziert werden.

Wir haben unendlich viele Sparmöglichkeiten. Das beginnt bei der Gebäudesanierung. Wenn ich die Fenster saniere, wenn ich die Dämmung saniere, dann habe ich schon eine unheimliche Energieersparnis.

Das gilt aber nicht nur für die Gebäudeisolierung, sondern auch für die Anlagentechnik. Wir sind heute in der Lage, dafür zu sorgen, dass immer dann, wenn ein Fenster geöffnet wird, die Heizkörperventile zufahren.

Wir haben Steuerungen für Beleuchtungsanlagen, die grundsätzlich nur noch dann eingeschaltet sind, wenn sich Leute in den Räumen aufhalten, zum Beispiel in Bürogebäuden. Wir haben heute LED-Beleuchtung, sparen darüber bis zu 90 Prozent Energie.

Wir haben heute zur Beheizung Wärmepumpen und Wärmerückgewinnungsanlagen.

Wir bauen heute Häuser mit Niedrigenergiestandard, die „nur“ noch mit Strom versorgt werden, sogenannte Einenergiehäuser.

Wir sprechen heute nicht mehr über die Photovoltaikanlagen der Anfänge. Auch ich habe auf meinem Gebäude eine Anlage, für die ich noch die Einspeisevergütung von 50,6 Cent von vor zehn, 15 Jahren bekomme. Heute ist die Einspeisevergütung niedriger. Wir produzieren aber auch die Kilowattstunde – wie Herr Priggen gesagt hat – für viel weniger Geld. Heute ist der eigene über Photovoltaik erzeugte Strom sogar billiger als das, was wir beim Versorger zahlen.

Wir müssen die Photovoltaik heute managen. Managen können wir die aber nur mit Energiespeichern, Solarspeichern entweder in Form von Lithium-Ionen-Akkus oder in Form von Nickel-Cadmium-Akkus. Wir als Energiemanager speichern den Strom dann und waschen abends, wenn wir zu Hause sind, mit dem Strom, der tagsüber geladen wurde.

Wir brauchen meines Erachtens auch intelligente Netze im Verteilersystem und in unseren Häusern, sogenannte Smart-Meter. Die sind in aller Munde. Das ist nichts anderes als ein intelligenter Zähler. Der intelligente Zähler, das intelligente Gebäude funktionieren aber nur, wenn wir auch einen lastvariablen Tarif haben und keinen Standardtarif, der gleichbleibend ist, vielleicht abgestuft über Nacht.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Windenergie speichern können. Auch da werden Versuche gefahren. Es existieren immer noch 1,4 Millionen Nachtspeicherheizungsanlagen. Diese können die volatile Windenergie speichern.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir unsere E-Autos in den Markt bringen. Denn E-Autos sind nichts anderes als Energiespeicher.

Nachdem wir morgens damit zur Arbeit gefahren sind, können wir sie tagsüber irgendwo an unserer Arbeitsstelle an einer Ladesäule aufladen. Der Strom dafür kann über eine Photovoltaikanlage eingespeist werden. Unsere E-Fahrzeuge müssen mit grüner Energie fahren.

Wir sind als Energieeffizienzfachbetriebe unterwegs. Wir modernisieren Heizungsanlagen. Schauen Sie sich Ihre Heizungsanlage zu Hause an! Die Pumpe dort hat 70, 80 Watt und läuft die ganze Zeit. Heute bekommen Sie eine frequenzabhängig gesteuerte Pumpe mit sieben Watt! Wenn Sie den Stromverbrauch ausrechnen, Herr Priggen: Dann haben Sie die 240 Euro Mehrkosten für die EEG-Umlage allein bei Auswechsellung der Pumpen schon eingespart!

(Beifall)

Das heißt, wir müssen von der Beratung her denken. Es gibt ein wunderbares Beispiel: das Green Building des Toom-Baumarkts. Ich will hier keine Werbung machen, aber die haben den CO₂-Ausstoß nach der Renovierung um über 30 Prozent reduziert. Die haben eine tageslichtabhängige Steuerung. Die haben eine Steuerung der Heizung. Die messen die Besucherfrequenz; entsprechend strömt Luft zu; also nicht einfach Thermostat an, Temperatur da.

Das sind alles intelligente Techniken, die uns als Handwerker prädestinieren, die Energiewende in die Hand zu nehmen. Wir sprechen heute über dichte Gebäude. Da gehört eine Wärmerückgewinnung hinein, also eine Lüftungssteuerung. Ich habe letztens gelesen, dass besagter Baumarkt auf dem Dach eine Photovoltaikanlage mit 189 kW_p hat. Da ist ein ständiger Verbrauch. Das gilt auch für Lebensmittelmärkte, auch dort ist ständiger Verbrauch vorhanden. Der Eigenverbrauch bei diesen Photovoltaikanlagen liegt bei bis zu 80 Prozent. Die brauchen den Strom nicht mehr zu vermarkten, die nutzen den selbst!

Das Ganze ist meines Erachtens ein Markt für uns alle, für das Handwerk ein Markt ohne Ende. Da müssen wir losmarschieren, gemeinsam nach vorne gehen. Dann werden wir die Energiewende schaffen. Da hoffe ich auf Ihrer aller Mittun.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Herr Hellmann, das war wirklich ein Plädoyer für die Energiewende, und zwar im Sinne von „Pack an, mach mit!“. Ich frage mich nur: Warum machen wir das denn nicht? Die Vorteile, die Sie aufgezählt haben, liegen doch auf der Hand: von der Pumpe bis zum Eigenverbrauch. Ich will also fragen: Ist der Deutsche jetzt der Steuerfuchs, der auf die Abschreibungshilfe wartet, der eine Förderung will, bevor er den alten Kessel austauscht? Oder woran liegt sein Verhalten?

Natürlich stellt sich die Frage auch an die Politik: Wir haben eine Koalitionsvereinbarung, aus der diese Förderung herausgenommen wurde. Wir haben zig Milliarden für die EEG-Umlage, wir haben zig Milliarden für die hoch profitablen Automobilhersteller – Daimler, Volkswagen, BMW –, die einen Elektroakku entwickeln sollen. Toyota macht das ohne Steuermittel. Wir haben aber keine Milliarde für die Abschreibung, weil die Länder wieder mal – wie schon vor anderthalb Jahren im Bundesrat – blockieren. Also wieder mal eine Bund-Länder-Blockade!

An die Runde hier gefragt, Herr Haucap, Sie vielleicht vorneweg: Wenn das alles so vorteilhaft ist, wenn die Energiepreise so hoch sind, dass ich mich darüber ärgere, was mir monatlich vom Konto abgeht: Wozu brauche ich überhaupt die Hilfe des Staates? Ich könnte doch einfach ein bisschen mehr investieren und wäre glücklich. In Amerika hat Google gerade für einen Milliardenbetrag Nest übernommen, einen Thermostathersteller, damit diese Steuerung bald über das Android-System erfolgen kann. Also: Warum kommt das nicht in die Gänge?

Lothar Hellmann:

Ich möchte dazu kurz etwas sagen. Wir haben bei Gebäudeinvestitionen einen Riesenproblem: Wenn der Hauseigentümer investiert, hat der Mieter den Vorteil der niedrigeren Energiekosten. Das ist ein Problem. Wir brauchen natürlich eine Anschubfinanzierung, vielleicht 10 Prozent Abschreibung. Das kommt zehnfach zurück; denn die Wirtschaft floriert dann. Es muss auch möglich sein, über die Miete einiges mehr an Investitionskosten abzuwälzen.

Professor Dr. Justus Haucap:

Damit ist schon ein Punkt genannt. Ansonsten ist die Frage, warum nicht mehr in eigentlich profitable Vorhaben investiert wird, natürlich vielschichtig und nicht monokausal auf einen Faktor zurückführbar.

Natürlich stellt sich die Frage: Wie kann ich, wenn ich nicht selbst Bewohner meines Eigenheims bin, die Kosten auf meinen Mieter umlegen? Ein Immobilienbesitzer wird primär dann investieren, wenn die Investition nicht nur für den Mieter profitabel ist, sondern auch für ihn selbst. Man muss natürlich auch fragen, inwiefern die Mietpreislösung das möglicherweise konterkariert.

Es gibt Förderprogramme noch und noch, zum Beispiel von der Kreditanstalt für Wiederaufbau. An Förderung mangelt es da also wahrlich nicht.

In Einzelfällen mag der Grund Phlegmatismus sein. Wo wirklich Musik drin ist, also im Gewerbe, in der Industrie, wird allerdings auch schon unheimlich viel getan. Man kann durch ein x-beliebiges Hotel laufen und wird dort kaum noch alte Glühbirnen finden. Die Hotels fordern ihre Gäste dreimal auf, die Handtücher bitte nicht schon nach dem ersten Gebrauch auf den Boden zu werfen, sondern sie mehrfach zu benutzen. Das machen die natürlich aus Profitinteresse. Da wird also viel getan. Dass man in jedem Unternehmen einen Energiesparbeauftragten benötigt, wie die Europäische Kommission sich das vorstellt, daran habe ich meine Zweifel. Es gibt durchaus Anreize zur Energieeffizienz.

Allerdings haben wir beim Wärmemarkt noch ein echtes Defizit. Eigentlich ist das wesentliche Instrument des Klimaschutzes bei uns ja der CO₂-Zertifikate-Handel. Der begrenzt, wie viel CO₂ in Gesamteuropa ausgestoßen werden darf. Der Wärmemarkt ist darin komplett nicht enthalten. Es gibt nach meinem Eindruck auch relativ wenige Initiativen, den Wärmemarkt in den CO₂-Zertifikate-Handel zu integrieren, obwohl das möglich wäre. Man wird natürlich sagen: Man kann doch nicht den einzelnen Hausbesitzer verpflichten, mit CO₂-Zertifikaten zu handeln. Das muss man aber auch nicht. Ich kann ja den Lieferanten der Brennstoffe verpflichten, CO₂-Zertifikate vorzuhalten, die Heizöllieferanten, die Gaslieferanten. Nachtspeicherheizungen sind

ironischerweise ohnehin in den CO₂-Zertifikate-Handel integriert, weil die ja über Strom laufen.

Hier wäre noch Musik drin. Warum strengen wir uns dann nicht mehr an, den Wärmemarkt mit in den CO₂-Zertifikate-Handel zu integrieren? Das gilt auch für den Verkehrssektor, der in weiten Teilen verschont bleibt. Ausnahmen sind eigentlich der Luftverkehr, bei dem die CO₂-Zertifikate-Pflicht aber gerade wieder ausgesetzt wurde, und die Bahn, da sie mit Strom fährt.

(Hildegard Müller: Aber die Bahn ist EEG-Umlage-befreit!)

Sie ist EEG-Umlage-befreit, auch wenn überall steht: 100 Prozent grüner Strom. Aber der CO₂-Zertifikate-Preis ist im Strompreis der Bahn enthalten.

Der motorisierte Individualverkehr ist allerdings nicht erfasst. Warum eigentlich nicht? Da würde man wieder sagen: Die einzelnen Autofahrer können doch keine CO₂-Zertifikate halten. Stimmt, das müssen sie aber auch nicht. Es reicht, wenn die Raffinerien – davon gibt es in Deutschland nicht so viele – verpflichtet werden, CO₂-Zertifikate nachzuweisen.

Im CO₂-Zertifikate-Handel ist also noch viel mehr Potenzial. Den könnten wir ausweiten. Das würde Anreize setzen, darüber nachzudenken, wie man Energie im Allgemeinen sparen kann. Wir hätten dann ein Instrument, das wir noch viel zu wenig nutzen. Das ist ein sehr marktwirtschaftliches Instrument, das ja – was das Schöne ist – automatisch dort versucht, CO₂ einzusparen, wo es am günstigsten möglich ist.

Dafür müssten wir jetzt natürlich eine Reform machen. Es wäre auch sicherlich sinnvoll, zu konzedieren, dass man im März 2009 noch nicht vorausgesehen hat, wie stark die industrielle Krise in Teilen Europas sein wird, sodass wir letztendlich eine Überausstattung mit CO₂-Zertifikaten hatten. Man kann möglicherweise auch Zertifikate aus dem Markt zurückkaufen, wenn man das möchte. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Das wäre eine ganz hervorragende Möglichkeit, Klimaschutz marktwirtschaftlich zu bewerkstelligen.

Moderator Holger Steltzner:

Auch darüber wird nachgedacht. Aber das ist jetzt vielleicht ein zu spezielles Thema.

Wahrscheinlich werden wir morgen als Aufmacher im Wirtschaftsteil eine neue Überlegung der EU-Kommission haben, für den Emissionshandel einen Preiskorridor einzuziehen. Wenn dieser unterschritten wird, sollen Zertifikate aus dem Markt genommen werden. – Das nur am Rande. Vielleicht wollen wir das später in der Diskussion noch streifen.

Wir sind jetzt aber beim Emissionshandel und richten den Blick vielleicht auch mal jenseits der deutschen Befindlichkeiten in die Welt hinein. Ich war neulich im Gespräch mit Herrn Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Er berichtete, dass wir vor einer dritten Karbonisierungswelle der Weltwirtschaft stehen, in einem Ausmaß wie noch nie zuvor. Das, was in den Vereinigten Staaten nicht mehr an Kohle verbrannt wird, geht per Schiff nach China, Europa oder wohin auch immer und wird dort eingesetzt. Gleichzeitig setzen natürlich alle auch auf eigene Vorkommen. Der Kohlepreis ist wegen des Überangebots auf den Weltmärkten noch stärker gefallen als der Gaspreis und der Ölpreis. Das heißt, es wird immer mehr Kohle eingesetzt.

In der letzten Woche hat unser Korrespondent aus Peking einmal berichtet, wie es sich mit einer Familie mit kleinen Kindern in Peking lebt, wenn man das Handy vor seinem Gesicht nicht mehr sieht. Meine Tochter ist im Moment in Schanghai und berichtet mir, dass jeder auf die Angaben der amerikanischen Botschaft schaut. Bei uns gilt der Grenzwert 15 als gesundheitsbedenklich. Dort verlässt man ab dem Wert 300 das Haus nicht mehr. Man nimmt auch kein Rad mehr, und wenn doch, dann nur noch mit Maske. – So lebt es sich in der Volksrepublik China. Und ein Ende des Zuwachses an Motorisierung, an Heizung, an Kühlschränken, an den Waren, die wir uns auch gönnen, ist dort nicht abzusehen.

Wenn man sich das einmal vor Augen hält: Wir diskreditieren das bislang einzige Instrument durch die Art und Weise, wie wir damit umgehen. Der Emissionshandel hat keine Preissignalfunktion, weil die Preise im Keller sind – und das nicht allein deshalb, weil zu viel zugeteilt wurde. Hinzu kommt die EEG-Preissystematik, die dazu

führt, dass die Emissionszertifikate keine Wirkung mehr haben. Und hinzu kommt die Wirtschaftskrise in Südeuropa.

Wenn es tatsächlich um das Weltklima geht, dann müssen wir doch – nicht in der Form, wie die EU-Kommission das gemacht hat: mit diesem untauglichen Versuch im Luftverkehr, die Chinesen, Brasilianer und andere zum Zahlen zu zwingen, wenn sie nach Europa fliegen – in Europa ein System installieren, nämlich den Emissionshandel, das funktioniert, das wirklich Lenkungswirkung hat, damit wir dieses in die Länder exportieren können, die zu Recht das für jeden Einzelnen erreichen möchten, was wir geschafft haben, nämlich ein bisschen mehr Wohlstand für alle.

Lange Vorrede, kurze Frage: Wie gelingt uns das?

Hildegard Müller:

Herr Haucap hat völlig recht, wenn er die Frage stellt: Sind alle Sektoren richtig einbezogen? Ich teile das. Wie gesagt: Der Wärmemarkt umfasst 40 Prozent der CO₂-Emissionen. Es stand jetzt groß in der Zeitung: Energiewendeparadoxon. An der Energiewende ist überhaupt nichts paradox. Erstens ist es logisch, dass, wenn man aus der Kernenergie aussteigt und weiterhin Versorgungssicherheit haben will, andere, konventionelle Energieerzeuger einspringen müssen. Zweitens kam der Anstieg der CO₂-Emissionen im letzten Jahr nicht etwa durch die Braunkohle. Es ist zwar mehr Strom aus Braunkohle produziert worden, aber mit weniger CO₂-Emissionen, weil auch dort eine neue Kraftwerksgeneration am Netz ist. Der wahre Grund für den Anstieg der CO₂-Emissionen im letzten Jahr geht auf den Wärmemarkt zurück: lange Heizperiode, kalter Winter usw.

Deshalb bin ich hier völlig bei Herrn Hellmann, der sagt: Hier gibt es einen Hebel, der überhaupt nicht bedient wird. Da ist man bei der öffentlichen Hand, die kein Geld hat, diese Maßnahmen bei den eigenen Gebäuden durchzuführen. Da ist man beim Mietrecht. Da ist man bei der Frage der Anschubfinanzierung. 1,5 Milliarden wären hier gut investiert. Ja, der Deutsche ist so: Wenn er einen Steuer-Euro bekommt, dann gibt er auch selber Geld aus. Aber all diese Diskussionen, ob es

Anschubfinanzierungen gibt oder nicht, führen natürlich dazu, dass jeder sagt: Ach, dann warte ich doch mal. Vielleicht gibt es ja doch noch was. Diese Investitionszurückhaltung ist also in großen Teilen selber produziert worden.

Ich sage: Auch im Wärmemarkt kann man Effizienz erreichen. Man muss dafür nicht jedes Haus in Deutschland voll dämmen. Allein durch den Austausch der Heizkessel könnte man hier Riesenspotenziale heben.

Es sagt sich so leicht: Dann muss der Vorlieferant zahlen. Das wird dann natürlich teurer. Aber ich stimme Ihnen zu: Wir müssen den CO₂-Zertifikate-Handel reformieren. Der BDEW hat nach intensiver Diskussion mit seinen eigenen Mitgliedern, die diesen Weg mitgehen, gesagt: Wir brauchen ambitionierte CO₂-Ziele. Das, was wir da in Brüssel für 2030 haben, hat überhaupt keine Signale mehr. Ich bin auch skeptisch, was Korridore angeht; denn Korridore führen zu neuen Preisunsicherheiten.

Wir brauchen klare Ziele, denen man sich in Europa verpflichtet. Manch einer möchte zusätzlich ja noch eine nationale CO₂-Steuer einführen. Wir brauchen das europäische Instrument in dieser Frage. Das ist das einzige, was uns hilft, hier wirklich voranzukommen. Das gilt nicht nur für die Stromerzeugung. Das wird den Strompreis allein nämlich nicht retten. Aber wir bekommen nur Druck auf das Thema „intelligente CO₂-Reduktion“, wenn wir auch engagierte Ziele haben. Deshalb kann ich nur jeden dazu auffordern und den Appell auch an die Wirtschaft richten. Ich rede auch mit dem BDI und anderen. Man ist dort sehr zurückhaltend, was dieses Thema angeht. Man ist natürlich in Sorge wegen der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Aber es ist in unserem eigenen Interesse – mit unserer Energiewende, mit unseren Zielen, mit unserer Technologie –, dass wir einen ambitionierten CO₂-Zertifikate-Handel in Brüssel bekommen. Ich kann das nur ausdrücklich unterstützen.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Hellmann und dann Herr Priggen.

Lothar Hellmann:

Ich kann da direkt anschließen: Die neue Energieeinsparverordnung, die ja im Mai 2014 – also in diesem Jahr – in Kraft tritt, sieht ja vor, dass Öl- und Gaskessel, die vor 1985 eingebaut worden sind, in 2015 zu entfernen sind. Das betrifft also alle Kessel, die älter sind als 30 Jahre. Das ist schon mal der erste Schritt.

(Hildegard Müller: Fröhliche Diskussionen mit den Hausbesitzern!)

Reiner Priggen:

Ich muss lachen. Zum Vergleich: 17 von unseren 20 Braunkohleblöcken in NRW sind im Schnitt 41 Jahre alt, manche laufen seit 48 Jahren. Bei Heizkesseln sagen wir zu Recht: Nach 25 oder 30 Jahren müssen die ausgetauscht werden.

(Hildegard Müller: Sie wissen, dass wir auch ein bisschen Modernisierung im Betrieb machen!)

Das weiß ich. Aber trotzdem: 48 Jahre alte Blöcke laufen da. Da geht nasse Kohle mit 60 Prozent Wassergehalt hinein. Und die großen, modernen Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sind stillgelegt. Das ist die paradoxe Situation. Deswegen habe ich eben gelacht; ich habe das gleiche Argument nämlich neulich schon gehört.

Ich wollte mich noch bei Ihnen bedanken, Frau Müller, denn in Ihrem ersten Beitrag eben kamen auch die Freude und die Faszination herüber, was an technischen Möglichkeiten in der Energiewende liegt und sich durch alle Bereiche durchzieht.

Das, was ich im Koalitionsvertrag am meisten vermisse, ist das, was der frühere Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede gesagt hat: Das, was jetzt kommt, ist die ökologische industrielle Revolution. Wenn Sie erleben, mit was für einer Begeisterung junge Leute an Technischen Hochschulen studieren!

Wir jammern alle nur über den Strompreis. Ein Stück weit gehen wir da der energieintensiven Industrie auf den Leim. Ich habe das Beispiel gebracht von der niederländischen Aluminiumhütte, die im Dezember Insolvenz angemeldet hat, weil unsere energieintensive Aluminiumindustrie von der EEG-Umlage befreit ist. Ich bin dafür, energieintensive Industrien im internationalen

Wettbewerb nicht zu belasten. Aber die Aluminiumindustrie hat jetzt einen Benefit von 10 Euro die Megawattstunde, den sie uns verschweigt. Auch sie kann doch ihren Beitrag liefern!

Deswegen sagt der EU-Kommissar Herr Almunia ja: Das kann doch nicht sein!

Genauso ist das bei der Zementindustrie: Sie hat den Export erst nach der Befreiung von der EEG-Umlage aufgebaut. Andere Länder beschwerten sich darüber und sagen: Ihr befreit die, obwohl die auch sehr energieintensiv sind und bisher nicht im internationalen Wettbewerb standen.

Wir sitzen alle dieser Kampagne ein Stück weit auf. Ich leugne nicht die Notwendigkeit, zu gucken, wo Geld falsch ausgegeben wird, und dort einzusparen. Wir haben immer gesagt: Wir sind nicht dafür, dass sich Leute mit erneuerbaren Energien eine goldene Nase verdienen. Sie sollen auskommen. Und dann müssen die Preise kontinuierlich runtergehen.

Was mir insgesamt fehlt, ist die Aufbruchstimmung. Das hat Herr Hellmann eben schön herübergebracht. Denn die Energiewende umfasst alles: Sie umfasst Gebäude, sie umfasst Mobilität. Es geht nicht nur um den Strom.

Wir müssen auch nüchtern sehen: Die Öl- und Gaspreise liegen heute bei der gleichen Steigerungsrate wie die beim Strompreis. Es wird aber immer so getan, als ob nur der Strom teurer würde. Die Industriestrompreise liegen heute auf dem Niveau von 2005. Insofern sollte man alles ein bisschen genauer angucken.

Es gibt doch auch keine Alternative. Angesichts der Zustände in China werden die bei uns die Technik nachfragen. Ich habe es erlebt: Bei allen großen internationalen Bauprojekten werden deutsche Ingenieure zu Energieeffizienz und Energieeinsparung gefragt. Siemens hat kurz vor Weihnachten einen Auftrag über eine Milliarde USD für 438 Windkraftanlagen bekommen. Auch die Erneuerbaren Energien sind also ein Bereich, an dem unsere Industrie Geld verdienen kann.

Das heißt, wir sollten auch die positiven Entwicklungschancen und Perspektiven aufnehmen. Denn wenn wir es nicht machen, machen es andere. Die Autoindustrie ist das beste Beispiel,

Sie haben es alle erlebt: den Kampf unserer Autoindustrie gegen schärfere Abgasnormen und die Entwicklung der Elektromobilität. Heute haben wir die Situation, dass die Franzosen bei modernen Elektroautos in Teilen besser sind als wir, die wir weltweit sehr stark im automobilen Premiummarkt sind. Das ist bei uns ein falscher Weg. Wir müssen auch in diesem Markt präsent sein; denn in zehn, 20 Jahren sind das relevante Anteile, und es ist schon unschön, dass der Tesla nicht aus Deutschland sondern aus den USA kommt.

Worum es mir geht, ist, dass wir alle ein Stück weit auch die Freude an diesem Prozess sehen – mit Augenmaß, was die Kosten angeht, damit bin ich völlig einverstanden; wir müssen kostendämpfend arbeiten. Aber wir dürfen den Prozess nicht schlechtreden. Ich glaube, dass in der Bevölkerung sehr viele Menschen großes Interesse an diesen Themen haben. Ich erlebe das. Fast eine Million Menschen haben eine Photovoltaik-Anlage. Die werden als Nächstes fragen: Wo spare ich Strom, damit ich weiterkomme? Das werden auch diejenigen sein, die bei Ihnen im Handwerk Batterien kaufen und fragen: Habt Ihr Lösungen dafür, meinen eingespeisten Solarstrom später zu verbrauchen, habt Ihr eine kleine preiswerte Batterielösung? Einfach, weil diese Menschen von der Energiewende überzeugt sind!

Herr Hellmann, Sie haben die Pumpen angesprochen. Ich habe genau das gemacht, habe meinem Heizungsbauer irgendwann, als meine Heizpumpen noch in Ordnung waren, gesagt: Ich möchte jetzt diese Pumpen haben, von denen ihr immer schwärmt! Die Einsparung hat mein Sohn dann mit einem zweiten Bildschirm konterkariert.

(Heiterkeit)

Das sind eben andere Mechanismen. Aber ich habe diese Pumpen jetzt in meiner Heizanlage. Es ist schon faszinierend, zu sehen, wo man sich selber in den Prozess einbringen kann.

Lothar Hellmann:

Direkt dazu: Das Handwerk ist hier in NRW auch großer Dienstleister der Industrie. Sie haben vorhin den Wettbewerb angesprochen und gesagt, die chemische Industrie würde eine Milliarde mehr zahlen, wenn sie nicht von der

EEG-Umlage befreit wäre. In der Metall- und Stahlindustrie wären es 976 Millionen, in der Papierindustrie 539 Millionen. Wir sind sehr stark für diese Betriebe tätig. Nicht umsonst hat das Land Nordrhein-Westfalen jetzt erkannt, dass der Industriestandort Deutschland dann, wenn man die EEG-Umlage-Befreiung zurücknehmen würde, schwer leiden würde und wir hier eine Riesenbaustelle hätten.

Reiner Priggen:

Herr Hellmann, ich bin dafür, dass ein energieintensiver Betrieb im internationalen Wettbewerb keine Nachteile hat. Es nützt uns nichts, wenn wir die Aluminiumindustrie hinausdrängen. Aber wir sollten vorsichtig sein. Es gibt Maschinenbaubetriebe, bei denen die Energiekosten, gerade was Strom angeht, nur einen kleinen Anteil ausmachen. Alles, was Sie da befreien, tragen Sie – Handwerk und Private – an anderer Stelle. Es gibt zur Frage der Energieintensität im internationalen Wettbewerb Kriterien der EU. Aber wir sind weit darüber hinausgegangen. Es macht doch keinen Sinn, dass ich Schlachthöfe und Ähnliches von der EEG-Umlage befreie.

(Lothar Hellmann: Das ist der falsche Weg!)

Ich weiß. Deswegen bin ich dafür, energieintensive Betriebe vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb zu schützen. Aber lassen Sie uns diese Förderung reduzieren. Denn sie muss von anderen bezahlt werden.

(Beifall)

Moderator Holger Steltzner:

Herr Priggen, die Kosten für die Energiewende verschwinden ja nicht, wenn wir sie anders verteilen. Da müssen wir ehrlich sein. Wenn wir jetzt alle dasselbe zahlten, hätten wir Probleme mit der Industrie.

Allerdings wurden in den Koalitionsverhandlungen fast über Nacht 1.000 zusätzliche Unternehmen „gefunden“, die plötzlich im internationalen Wettbewerb stehen. Die Zahl 1.700 von der EEG-Umlage Befreiten ist um 1.000 erhöht worden.

Hildegard Müller:

Zahlen sind das eine. Hauptsächlich geht es dabei um die Kilowattstunden der Energieintensiven.

Man kann sich über die Umstellung der Finanzierung Gedanken machen. Man muss aber in der Tat erst mal sagen, wie man es so effizient wie möglich machen kann. Dann gibt es eine Menge kreativer Modelle, wie man das intelligent finanzieren kann. Manchmal habe ich das Gefühl, wir verwenden mehr Kreativität auf die Mittelverteilung als auf die Frage, das System zu reformieren. Die Grünen stellen morgen ja, wie ich gehört habe, Eckpunkte zur EEG-Reform vor.

Es muss einen sichtbaren Schritt nach vorne geben, um die Diskussion aus dem Strombereich herauszunehmen. Wer die Energiewende weiter auf den Strombereich reduziert, der wird mit riesigen CO₂-Vermeidungskosten arbeiten, um CO₂-Potenziale noch zu heben.

Wie gesagt: Wir müssen identifizieren. Deswegen müssen wir auch mal Jahreszahlen nennen. Jetzt ist der Wärmemarkt vordringlich. Es ist wichtig, hier Maßnahmen durchzuführen. Das meinte ich mit Intelligenz. Das meinte ich, als ich am Anfang gesagt habe: Wir müssen die Gesamtbelastungen sehen und volkswirtschaftlich fragen: Was kann man innerhalb von fünf Jahren gemeinsam tragen? Dann muss man das effizient machen und das andere fünf Jahre später – immer im Zielkorridor. Nicht, dass ich da falsch verstanden werde: Der Ausbau muss weitergehen. Wir werden umstellen müssen. Aber die CO₂-Ziele werden wir nicht allein über den Strommarkt erreichen. Auch wenn wir null Kilowattstunden produzieren, werden wir immer noch eine Riesenbaustelle an CO₂-Vermeidung vor uns haben.

Da fehlt uns politisch der Druck. Ich will daher auch die Länder bitten, Herr Priggen, ihrer Mitverantwortung bei diesem Thema gerecht zu werden. Die Zahlen sind klar. Man streitet sich über die Frage, ob Nordrhein-Westfalen mehr Steuerausfälle hat als Baden-Württemberg. Das sind verschenkte Jahre bei diesem Thema und darf in dieser Legislatur nicht so weitergehen. Der Bundesrat muss da mitsprechen. In dieser Frage muss also auch Druck über die Länder kommen.

Aussprache

Moderator Holger Steltzner:

Jetzt haben wir ein Riesefeld eröffnet. Vielleicht haben Sie hier im Publikum Fragen, wollen sich an dieser Debatte beteiligen. Wer möchte den Anfang machen? – Bitte.

Bärbel Kohler:

Ich habe eine Frage an das komplette Podium. Ich habe von den Äußerungen hier bisher den Eindruck: Die Finanzen kämpfen gegen Visionen. Dazwischen steht eine mutlose Politik in Deutschland. Der Bürger soll jetzt entscheiden. Veränderung bedeutet immer Angst. Wenn ich die Politik verfolge, stelle ich fest, dass es nur darum geht, wer wo noch mehr einsparen kann, wer in der Vergangenheit welchen Fehler im Rechenmodell gemacht hat, wo man als Bürger das meiste sparen kann. Hier gehen die Visionen einfach irgendwie über die Wupper, wie man so schön sagt. Weshalb soll ich mich dafür einsetzen, wenn die Politik sich sehr schwertut, da einen Anfang zu machen, wie Frau Müller das sagt, oder einfach anzupacken, wie Herr Hellmann das dargestellt hat? Ich weiß nicht, wie. Ich bin ratlos. Als Wähler, als Bürger bin ich völlig ratlos. Was soll das Ganze? Wo geht das hin? – Die Frage geht an alle.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Priggen, wollen Sie als Politiker als Erster antworten?

Reiner Priggen:

Ja, ich will das gerne machen. Ich muss nicht die Zielsetzung meiner Partei nehmen. Ich nehme einfach die Linie der Bundeskanzlerin, die seit acht Jahren ganz vernünftige Klimaschutzziele verfolgt: 80 bis 95 Prozent CO₂-Reduktion und 80 Prozent Anteil an Erneuerbaren in 2050. Das ist der Weg über 40 Jahre, wie er am Anfang beschrieben wurde.

Ich bin dafür, dass wir genau diesen Weg gehen – und akzeptieren, dass wir eventuell auch Fehlentscheidungen treffen können. Bei der Frage der Speichertechnik, die ganz wichtig ist, müssen wir jetzt auch in der Breite forschen, entwi-

ckeln und gucken, welches von den Projekten langfristig richtig ist: ob Power to Gas, die verschiedenen Batterietechniken oder anderes. Bei dieser Zielsetzung müssen wir also auch Kompromisse machen, aber wir dürfen die Ziele nicht generell infrage stellen. Wir dürfen auch nicht immer wieder Bestimmungen machen, die nicht im Ansatz vermitteln, dass es ein lohnendes Ziel ist, in einem Industrieland wie der Bundesrepublik mit Augenmaß nach vorne in eine technologische Zukunft zu gehen. Wir leben vom Export von Technik – Sie haben eben von Ihrer Tochter berichtet, Herr Steltzner –; die Frage wird sich überall stellen.

Jetzt könnten Sie sagen: Aber in der letzten Legislatur, als die Bundesregierung eine hohe Beteiligung der Länder forderte, habt ihr euch nicht verständigt. Jetzt sollten wir einen Neuanfang machen und sauber durchrechnen: Was haben wir an steuerlichem Benefit bei der Gebäudesanierung für den Bund, die Länder und die Kommunen?

Frau Thoben, wir haben damals über 3 Prozent Sanierungsquote pro Jahr geredet. Wir liegen jetzt bei 0,75. Vielleicht erreichen wir auch nur 2 oder 2,5 Prozent; denn es dauert ja auch bisschen, bis wir die Kapazitäten im Baugewerbe aufgebaut haben.

Dann muss sich auch Nordrhein-Westfalen ein Stück weit bewegen. Wir müssen nicht alles bezahlen, was der Bund von uns fordert. Aber wir sollten bereit sein, das, was wir als Land an steuerlichem Benefit haben, als unseren Teil auch einzubringen. Das wäre aus meiner Sicht in dieser Situation ein Schritt nach vorne. Dann haben wir ein sehr sinnvolles Investitions- und Beschäftigungsprogramm. Genau so müssen wir es Stück für Stück durchgehen.

Was mich am allermeisten stört – deswegen war das ja so klasse von Herrn Hellmann, dass das aus Ihren Reihen kam –, ist ein allgemeines Gemjammer und diese Mutlosigkeit. Die Aufgabe ist sehr schwer. Ich bin mir sicher: Wenn wir in der Bundesregierung wären – ich habe die 100 Tage Trauer, weil meine Leute nicht in der Lage waren, da hineinzugehen, jetzt beendet –,

(Heiterkeit)

wäre diese Aufgabe nicht einfacher. Ich bin wirklich gespannt. Ich weiß, dass wir kein fertiges Konzept haben. Die Büros, mit denen ich rede, die sehr gut und nicht abhängig sind, sagen mir auch: Die Situation ist hoch komplex. Aber dann dürfen wir den Mut doch nicht verlieren, sondern müssen uns aufmachen und sagen: Alles mit Augenmaß, aber nicht vom Weg abgehen! Denn wenn wir das jetzt an die Wand fahren, kaufen nachher wir die Technik bei den Chinesen.

Das wäre mein wichtigstes Plädoyer.

Die Bundesregierung regiert netto noch etwa drei Jahre. Mal ganz abgesehen davon: Man sollte die Wahlperiode auch im Bund unbedingt auf fünf Jahre verlängern. Ich habe vier Koalitionsverhandlungen hinter mir. Ich weiß, wie kurz vier Jahre sind. Da kommen Sie gar nicht ans Arbeiten. Aber nach drei Jahren – das ist in einer Demokratie ja nicht ausgeschlossen – kann sich ja wieder was ändern. Die, die investieren wollen – ob das Private, Stadtwerke oder andere sind –, brauchen über einen etwas längeren Zeitraum Sicherheit. Ein Kraftwerk baut man mindestens für 20 Jahre bezogen auf die Abschreibung.

Also auch da die Bitte, Konsense zu finden, Kompromissfähigkeit zu fordern. Dann könnten Sie als Medien, Herr Steltzner, eine wunderbare Moderatorenrolle übernehmen und sagen: Leute, wir wollen, dass sich hier in der Republik etwas bewegt.

Das Ruhrgebiet als altes Kohle- und Stahlland hat genau da die Chance nach vorne. Die Steinkohle wird gehen und nicht zurückkommen. Wir sind froh, wenn wir die Stahlproduktion in NRW langfristig sicher erhalten. Aber die Chance nach vorne kommt aus den Bereichen der Energiewende. Deswegen müssen wir auch gucken, dass wir von dieser depressiven Betrachtung, die jedenfalls bei Teilen vorhanden ist, wegkommen, Kompromissfähigkeit fordern und dann die Schritte nach vorne machen. Ich finde, wir müssen genau das jetzt bei der Gebäudesanierung auf den Punkt bringen. Da ist viel Zeit vertan worden.

Moderator Holger Steltzner:

Sie haben die Medien angesprochen, Herr Priggen. Ich nehme an, Sie meinen uns als Medien

insgesamt. Dazu möchte ich sagen, auch weil Sie von Visionen versus Finanzen sprachen, Frau Kohler: In meiner Rückschau haben die Medien das unglaublich positiv und wohlwollend begleitet. Der Atomausstieg war ja kein mediales Streitereignis, sondern hat uns als Gesellschaft insgesamt sehr berührt, getroffen und ist dann auch medial wohlwollend begleitet worden. Wir als Medien sind ja häufig nur Resonanzboden, nehmen die Stimmung der Bevölkerung auf.

Nun hat sich eine gewisse Enttäuschung beim Bürger eingestellt, weil er natürlich auch seine Rechnungen sieht, diese Fehlentwicklungen.

Professor Schulhoff, Sie haben so schön gesagt, wir bräuchten eigentlich den großen Schritt, die große Reform. Unsere Erfahrung ist leider, dass die Interessengruppen mittlerweile so vermachtet sind, dass sich die Politik gar nicht mehr traut, eine wirklich große Reform vorzunehmen, sondern sich damit begnügt, an lauter kleinen Stellschraubchen zu drehen. Das führt dann dazu, dass man fast den Überblick verliert, überfordert ist. Das ist alles sowieso kompliziert genug. Man kennt die ganzen Details nicht mehr. Aber natürlich nutzt sich diese dauernde Reformdiskussion in Klein-Klein ab. Da verliert jede Vision gegen die Finanzen. Frau Müller?

Hildegard Müller:

Ich finde, dass die Antwort zweigeteilt sein muss. Natürlich gibt es zu Recht Zorn. Herr Haucap hat es beschrieben, ich habe es beschrieben. Es gibt eine Menge an Möglichkeiten auf dem Markt. Darüber kann man auch noch diskutieren. Es ist immer das Schlechteste, nicht zu diskutieren und alles immer weiter zu verschieben. Die Zahlen, Daten, Fakten sind auf dem Tisch. Der Diskussionsprozess wird sicherlich noch dauern. Aber es braucht politische Entscheidungen. Da gibt es auch keine Entschuldigung mehr, wenn diese politischen Entscheidungen nicht kommen.

Allerdings gilt auch: Einen starken Staat bekommen wir nur, wenn wir starke Bürger haben. Wir wollen die Energiewende. Sie können sich vorstellen, was das für meinen Verband, den BDEW, bedeutet. Wir haben uns von Anfang hinter die Ziele der Energiewende gestellt. Schon 2009 haben wir gesagt: CO₂-Neutralität in der Stromproduktion ist für 2050 das Ziel. Wir haben Vorschlä-

ge zur Reform des Zertifikate-Handels gemacht. Wir haben den Atomausstieg begleitet. Auch das ist nicht leicht, wenn Sie an unsere Mitgliederstruktur denken. Wir haben aber auch sofort gesagt: Es gibt die und die Herausforderungen, mit denen wir werden umgehen müssen. Bei diesem Thema muss sich, glaube ich, jeder fragen, was er selber tun kann.

Wir als BDEW haben – um nur einen Punkt zu nennen – einen Dialog mit Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften, NGOs begonnen; vor fünf Jahren hätten die noch gar nicht mit uns geredet. Wir treffen uns regelmäßig und versuchen, auch Konsens zu finden, auch Verständnis zu finden: Warum hat der NABU Schwierigkeiten mit dem Netzausbau? Wie können wir mit dem WWF gemeinsam vorangehen? Viele andere Dinge mehr.

Wir sind also aufgefordert, nicht nur zu sagen: „Politik muss diesen Konflikt lösen“, sondern auch zu fragen: Wie führen auch wir den Dialog, wenn wir wollen, dass die Energiewende gelingt? Das ist ein Gesellschaftsprojekt. Wie führen auch wir den Dialog, dass ich auch mit dem rede, der nicht meiner Meinung ist, und nicht nur mit dem, von dem ich weiß, dass er meiner Meinung ist?

Deshalb haben wir gemeinsam mit dem WWF vorgeschlagen, ein nationales Forum Energiewende zu gründen, eine stetige Beteiligung, es nicht der Politik allein zu überlassen, sondern die Zielkonflikte, die es gibt, auch gesellschaftlich anzunehmen, gesellschaftlich auszutragen, uns nicht den schlanken Fuß zu machen und einfach nur sagen: Politik muss das austragen. Das finde ich immer wichtig, wenn man solche Dinge voranbringen will.

Da ist noch eine Menge an Potenzial. Es gibt NGOs, die zu diesen Gesprächen kommen. Ich sage das hier genauso, wie ich es denen persönlich sage. Greenpeace seilt sich nach wie vor lieber an unseren Gebäuden ab, als mal hereinzukommen, obwohl ich immer sage: Die Tür ist offen, lasst uns mal über die Fragen diskutieren! Andere beteiligen sich an diesem Dialog. Der stresst uns alle. Der fordert von uns allen Bewegung. Aber er ist sehr produktiv. Er führt wirklich zu guten Konzepten.

Ich kann nur dazu auffordern, dass auch das ein Teil der Energiewende ist: nicht nur ärgerlich zu sein – zu Recht über viele Punkte –, sondern wie andere das getan haben, zu fragen: Was ist eigentlich mein Teil? Was kann ich dazu beitragen? Sonst gelingt ein solches Gesellschaftsprojekt mit Sicherheit nicht.

(Reiner Priggen: Aber dass Sie als Lobby sehr stark geworden sind, wissen Sie auch, oder?)

Ja. Aber dann auch mal ehrlich gefragt: Haben Sie wirklich das Gefühl, dass der BDEW nicht auch ernsthaft mit sich und seinen Problemen selber umgeht? Uns geht es um Vertrauen in politische Beschlusslagen. Es war ja gewünscht, dass man in die Erzeugung einsteigt, Kraftwerke baut und vieles andere mehr. Die Folge ist, dass zurzeit viele Kommunen eine desaströse Rentabilität ihrer Milliardeninvestitionen in Aussicht haben. Das ist nicht nur ein Problem des Ruhrgebietes.

Wir haben nicht gesagt: Jetzt macht hier mal Industriebeihilfen. – Wir haben gefragt: Was brauchen wir? Nichts anderes als Versorgungssicherheit! Unsere Branche wird sich fundamental verändern. Wir wissen, wir werden in Zukunft nur dann mit dabei sein, wenn wir neue Geschäftsmodelle entwickeln und vieles andere mehr. In der Vergangenheit ist vieles richtig gelaufen. Natürlich weise ich auch auf unsere berechtigten Interessen hin. Aber ich finde, wenn ich auf manch anderen Verband im Bereich der Erneuerbaren gucke, kann sich der BDEW mit seiner Bilanz, ehrlich mit sich selber umzugehen, ganz gut blicken lassen.

Moderator Holger Steltzner:

Noch zwei Wortmeldungen: Herr Haucap, dann Herr Hellmann. Anschließend möchte ich gerne noch eine Frage aus dem Publikum zulassen.

Prof. Dr. Justus Haucap:

Die Vision der Energiewende haben wir schon ganz lange. Die Vision, die uns als Bürgern verkauft worden ist, war ja mal die: Wir bauen die erneuerbaren Energien aus. Das wird unheimlich umweltfreundlich. Das kostet so gut wie gar nichts. Und das schafft zusätzliche Arbeitsplätze. – Das war die Vision.

Jetzt fragen wir: „Was ist tatsächlich passiert?“, und stellen fest: Das stimmt alles nicht.

Da wird gesagt: Jetzt redet das doch nicht schlecht! Aber was ist denn die faktische Lage? Das Ganze kostet sehr viel. Man kann das rechnen, wie man will. Eine einfache Rechnung ist momentan: 20 Milliarden Euro pro Jahr geteilt durch 80 Millionen Bürger, das sind 250 Euro pro Nase, die dann irgendwie verteilt werden. Dann sagt man: Gut, das nehmen wir in Kauf. Deutschland ist reich. Das können wir uns leisten. Wir nehmen meinetwegen auch Arbeitsplatzverluste in Kauf.

Aber glauben wir denn, dass andere Nationen auf der Welt diesem Beispiel folgen wollen? Da endet bei mir die Vision. Ich glaube nicht, dass das große Nachahmer finden wird, dass andere Länder, die viel weniger reich sind als wir, sagen werden: Ja, das können wir uns auch leisten. Dass Portugal, Polen und ähnliche Länder sagen: „Den Weg wollen wir auch beschreiten“, kann ich mir nicht vorstellen. Vielleicht werden das noch die Schweiz, Schweden oder andere wohlhabende Nationen machen wollen.

Man hat uns früher erzählt: Die Solarenergie ist eine Zukunftsindustrie. Das EEG ist super. – Was sehen wir? Unter den 15 führenden Herstellern von Solarmodulen ist kein einziges deutsches Unternehmen. Wir sehen, dass sich einige Leute damit eine goldene Nase verdient haben, dass aber letztendlich keine zukunftsfähige Industrie in Deutschland aufgebaut worden ist. Das ist leider Gottes so. Ich bedauere das sehr. Das war eine systematische Fehlförderung. Wir Ökonomen haben seit Langem darauf hingewiesen, dass das falsch ist. Aber es wurde immer nur gesagt: Jetzt redet doch nicht alles schlecht! Unsere schönen Visionen gehen doch kaputt. – Aber es ist so gekommen. Ich muss sagen: Traurigerweise haben wir Recht behalten. Das Ganze hat letztendlich nicht zu wirklich viel geführt.

Jetzt kann man sagen: Ja, aber die Solarpreise sind doch total in den Keller gegangen. Wir haben im Prinzip einen Benefit. Das ist so billig, dass man jetzt zum Beispiel auch in Entwicklungsländern günstig Strom erzeugen kann. Das haben die bisher nicht gekannt. Das ist fast eine Art Entwicklungshilfe, die wir da jetzt leisten können. – Dazu sage ich: Das stimmt in Teilen sogar. Aber dann

sollte man auch sagen: Wenn man auf der Welt wirklich CO₂ vermeiden will, dann brauchen wir nicht mehr Solarpanels in Deutschland, sondern müssen zusehen, dass wir damit in Entwicklungsländer gehen. Denn da wird ja tatsächlich noch Holz zum Kochen verfeuert. Da wird wirklich CO₂ ausgestoßen. Wenn wir in Ruanda elektrifizieren, wird tatsächlich CO₂ eingespart. Daran gibt es aber kein Interesse. Wir wollen die Anlagen ja unbedingt in Deutschland.

Warum? Ich weiß nicht genau, was da die Vision ist. Die Vision scheint nicht die CO₂-Vermeidung auf der Welt zu sein. Die Vision scheint zu sein: Wir wollen so viel Strom aus erneuerbaren Energien wie möglich in Deutschland, relativ egal, was das Ganze letztendlich kostet. – Da fordert man, dass die Leute mit Begeisterung mitmachen. Ich kann verstehen, wenn die Leute dann sagen: Na ja, ich hätte gerne entweder CO₂-Vermeidung oder, wenn wir das unbedingt in Deutschland haben wollen, dann das Ganze doch wenigstens etwas günstiger.

Moderator Holger Steltzner:

Herr Hellmann?

Lothar Hellmann:

In Beantwortung Ihrer Frage, Frau Kohler, was der Bürger machen sollte, was Sie speziell machen sollten, kann ich Ihnen eigentlich nur sagen: Der erste Schritt ist, dass Sie für Ihr Gebäude, Ihr Mietshaus eine individuelle Energieberatung beantragen oder initiieren, einen Energieberater des Handwerks hinzuziehen, der eine spezielle Lösung für Ihr Haus entwirft, an der Sie sehen, wie viel Sie letztendlich an Energie sparen können: bei Heizung und Stromverbrauch, hauptsächlich bei der Warmwasserversorgung.

Moderator Holger Steltzner:

Das war wieder ein praktischer Rat vom Handwerk, wie wir das – wenn ich das so sagen darf – in guter Qualität gewohnt sind. Es gibt noch eine weitere Frage aus dem Publikum.

Regierungspräsident a. D. Jürgen Büsow:

Ich finde alles toll, Herr Hellmann, was Sie gesagt haben zum Smart-Meter, zu Anlagetechni-

ken, zu Steuerungsmöglichkeiten, dass damit mehr Effizienz erreicht wird. Was wir heute noch gar nicht behandelt haben, ist die Tatsache, dass neue Konsumeräte energieeffizienter sind als alte, dass hier ein großes Einsparpotenzial bei der Industrie liegt.

Was mich richtig interessiert, ist die energetische Gebäudesanierung. Wenn wir bis 2050 auf 80 bis 90 Prozent CO₂-freie Emissionen kämen: Wieso müssen wir die Gebäude eigentlich so stark sanieren, wenn dann doch erneuerbare Energie ohne Begrenzung vorhanden ist?

Ich habe eine Zahl im Kopf – bitte korrigieren Sie mich –: Wir wollen in die energetische Sanierung ungefähr 20 Milliarden Euro investieren; vielleicht ist diese Zahl zu hoch gegriffen, aber irgendwo habe ich das so gelesen. Wenn ich mir vorstelle, dass wir dieses Geld alternativ in die Speichertechnologie stecken würden – Power to Gas oder Batterie –, könnten wir doch schneller einen Sprung nach vorne machen. Das Handwerk vertritt natürlich seine Interessen; das ist klar. Wenn man den Teich trocken legen will, darf man die Frösche nicht fragen. Trotzdem: Wie kann man mit dem Thema umgehen? – Herr Priggen vielleicht?

Moderator Holger Steltzner:

Da Herr Priggen mir eben zuraunte, dass er für Frösche zuständig sei, will ich ihn fragen, ob er antworten möchte.

(Heiterkeit)

Reiner Priggen:

Ich will das gerne versuchen. – Ich komme nochmal zu der Vision. Die Vorstellung der Bundesregierung ist eine 80- bis 95-prozentige CO₂-Reduktion bis 2050. Ich weiß aber: Es gibt sogenannte prozessbedingte Emissionen, die ich nicht auf null bringen kann. Ich kann keinen Zement herstellen, keinen Stahl herstellen und in Teilen auch keine Chemieindustrie betreiben ohne CO₂-Emissionen. Das sind ungefähr 100 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, die nicht zu vermeiden sind. Da das das Restvolumen ist, dass der Bunderepublik nach den Zielen der Bundesregierung für 2050 zu Verfügung steht, müssen wir alles andere emissionsfrei bekommen.

Das heißt: Die Mobilität ist in 40 Jahren auf Elektro umgestellt. Die Gebäude – das ist die Vision – verbrauchen keine Heizenergie mehr; das läuft dann über innere Abwärme, und auf dem Dach und in den Fassaden wird der Strom selber erzeugt. Das innerhalb von 40 Jahren! Das ist für mich eine Herausforderung, aber keine unlösbare Aufgabe, weil wir viele Anwendungsbeispiele aus unseren Städten kennen, wo gute Architekten und gute Handwerker das in einem Gewerbegebiet, im Privathaus längst geschafft haben.

Die einzige Herausforderung dabei ist, unsere gute alte denkmalgeschützte Substanz dabei nicht mit 180 Millimeter Styropor zu verkleiden. Das ist die technische Herausforderung. Der Rest ist unsere Wertschöpfung. Daran, dass wir 70 Milliarden im Jahr für den Import von Öl und Gas bezahlen, erkennen wir ungefähr das Volumen, das wir durch eigene Wertschöpfung reduzieren können. Der Gebäudebereich ist der wichtigste, weil wir da alles selber machen können und dann kein Öl mehr und wesentlich weniger Gas importieren müssen.

Wir müssen das nicht morgen machen. Aber wir müssen die Sanierungsrate im Gebäudebestand tatsächlich von 1 auf 3 Prozent jährlich erhöhen. Wir werden auch Objekte haben, die wir nicht sanieren, sondern abreißen. Damit habe ich gar kein Problem. Wir kennen das aus dem Ruhrgebiet: Wenn ich einzelne Plattenbauten entferne und etwas anderes dafür hinsetze, wenn ich also nicht alles bis Ultimo dämme, ist das unter Umständen sinnvoller. Da liegt jedenfalls viel Konsensmöglichkeit. Das, was wir uns an Emissionen dann noch erlauben können, brauchen wir für die eben genannten industriellen Bereiche.

Das muss alles nicht innerhalb von zehn Jahren passieren, aber kontinuierlich auf den Weg gebracht werden. Der allereinfachste Bereich ist der Gebäudebereich. Auch da gibt es noch viele technische Probleme, zum Beispiel die Dämmstoffentwicklung. Man muss ja irgendwann mal davon wegkommen, 20 Zentimeter dicke Dämmstoffe außen an die Wand zu packen. Es müssen Dämmstoffe entwickelt werden, die wesentlich flacher aufbauen. Aber wenn wir die Zielsetzung haben und 3 Prozent pro Jahr schaffen würden, dann wären wir auf einem guten Weg.

Hildegard Müller:

Ich habe eine Ergänzung zu den erneuerbaren Energien. Es ist richtig, dass uns irgendwann Sonne, Wind etc. zur Verfügung stehen. Aber dahinter steht auch immer die infrastrukturelle Notwendigkeit: Netzausbau, Anlagenbau und vor allem Speichertechnologien etc. Deshalb: Jede Kilowattstunde, die wir nicht brauchen – verfeuern oder sonstiges –, ist wichtig. Das wird die infrastrukturelle Herausforderung, von der ich glaube, dass sie noch total unterschätzt wird, entlasten, gerade wenn wir an die großen Ausbauszenarien kommen. Wir sind in diesem Jahr bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von rund 24 Prozent. Da wird noch einiges im Lande sichtbar entstehen. Deshalb ist jede Kilowattstunde, die wir nicht brauchen, auch wenn die Erneuerbaren günstig zur Verfügung stehen, wichtig.

Moderator Holger Steltzner:

Das ist der Moment, um hier die Schlusskurve unserer Debatte zu nehmen. Ich wiederhole noch einmal die Frage, die uns aufgegeben wurde: „Wie kann die Energiewende noch gelingen?“ Wenn ich das mal so darstellen dürfte: Wenn wir die EEG-Reform ausklammern, dann sind wir auf einem guten Weg, dann sind wir uns hier ziemlich schnell einig, dass der Wärmemarkt ganz entscheidend ist.

Ich nehme für mich mit, dass man sich im Handwerk auch bei dieser Frage in den besten Händen befindet. Ich persönlich werde mal meinen Heizungskeller aufsuchen und mir dort die Wärmepumpe anschauen.

(Heiterkeit)

Ich nehme das als Lektion für mich mit nach Hause.

Ihnen herzlichen Dank für die Beteiligung an unserer Debatte und natürlich herzlichen Dank allen hier auf dem Podium.

(Beifall)

Jetzt darf ich Herrn Ehlert um das Schlusswort bitten.

Schlusswort

Andreas Ehlert, Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schlusswort hat Herr Steltzner im Grunde schon gehalten. Sie haben das wunderbar auf den Punkt gebracht, Herr Steltzner! Eingangs hatten Sie die Frage an uns gerichtet: Können wir die Frage „Wie kann uns die Energiewende noch gelingen?“ überhaupt beantworten? Am Ende haben Sie gesagt: Nehmen wir mal das EEG beiseite, dann sind wir schnell in einem konsensualen Bereich.

Ich denke, ein aktuelleres Thema als das, das die Veranstalter für heute gewählt haben, hätte man nicht wählen können. Insofern müssen wir dem Veranstalter gratulieren.

(Beifall)

Das ist ein Thema, das uns allen auf den Nägeln brennt. Wir haben die Diskussion 120 Minuten lang verfolgt. Für mich war das eine superspannende Diskussion. Dafür sage ich allen fünf Personen auf dem Podium herzlichen Dank! Das war wirklich spannend!

(Beifall)

Dann haben Sie sich auch aus dem Auditorium eingebracht, haben die richtigen Fragen gestellt und die Diskutanten noch mal ein bisschen gelockt. Wir haben die unterschiedlichen Positionen zur Kenntnis genommen. Wir haben ganz wichtige Argumente gehört. Nicht jedes Argument haben wir zum ersten Mal gehört. Aber manches Argument haben wir noch mal aus einem anderen Blickwinkel präsentiert bekommen, pointiert dargelegt bekommen. Es ist Ihnen allen gelungen, dass wir dieses Thema noch einmal neu denken. Es waren viele wichtige Impulse dabei, die dazu führen, dass wir über das ein oder andere neu nachdenken.

Für uns als Handwerksbetriebe ist das eminent wichtig, denn – das ist mehr als deutlich herausgekommen – die Gewerbetreibenden tragen neben den Verbrauchern – darunter sind natürlich viele Handwerksbetriebe – maßgeblich die Kosten der Energiewende.

Danken möchte ich Hildegard Müller, der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung im BDEW, die deutlich gemacht hat, dass wir am Anfang eines sehr großen politischen Konsenses stehen, am Anfang eines großen gesellschaftlichen Konsenses. Wir befinden uns bei Kilometer 4 des Marathons, haben wir gelernt. Da liegen noch einige Kilometer vor uns. Sie fordern klare ordnungspolitische Strukturen. Sie fordern Entscheidungen der Politik und einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen. Dass das EEG überarbeitet werden muss, das ist, glaube ich, Konsens bei allen, die hier auf dem Podium vertreten sind.

Herr Priggen, auch Ihnen als Fraktionsvorsitzendem der Grünen im Landtag recht herzlichen Dank. Sie fordern die große Vision, insbesondere den großen Mut beim Weg nach vorne. Sie sagen zur Reform des EEG, dass diese zwar kommen muss, aber das wir auch bereit sein müssen, eine Lernkurve zu bezahlen. Sie fordern weitere Anstrengungen auf dem Weg nach vorne, eine Erhöhung der Sanierungsrate. Sie sagen uns, dass Fehler und Irrtümer in einem solch schwierigen Prozess einfach nicht ausschließbar sind, dass Ehrlichkeit in der Diskussion gefordert werden muss. Aber auch Sie machen deutlich, dass wir einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen brauchen.

Professor Dr. Justus Haucap, Gründungsdirektor des Düsseldorfer Institutes für Wettbewerbsökonomie: Sie fordern selbstverständlich, dass wir die Kraft des Wettbewerbs nutzen und mehr Markt in die Energiewende hineinbekommen. Was für mich ganz wichtig ist: Sie sagen, dass wir aufgrund ausufernder Kosten die Gefahr eines Scheiterns der Energiewende nicht mehr ausschließen können. Wenn die Energiewende national nicht mehr getragen wird, dann taugt sie auch nicht mehr als internationales Vorbild. Sie befürchten, dass die Große Koalition diese Problematik zwar prinzipiell erkannt hat, aber sich des Ausmaßes der ganzen Situation nicht ausreichend bewusst ist. Sie nannten die drei Punkte: Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

Ein ganz besonderer Dank, weil er von uns ist, an Lothar Hellmann, Unternehmer und Landesinnungsmeister der elektrotechnischen Handwerke! Herr Hellmann, das war für mich ein leidenschaftliches Plädoyer eines Handwerksmeisters.



Das war ganz große Klasse! Ihnen deshalb an dieser Stelle noch mal ein ganz besonderes Dankeschön!

(Beifall)

Sie haben deutlich gemacht, Herr Hellmann, dass Handwerksunternehmen in Nordrhein-Westfalen willens und auch in der Lage sind, den energiewirtschaftlichen Systemwechsel in vielfacher Hinsicht zu unterstützen. Ich glaube, wir können konsensual festhalten, dass Handwerksunternehmen auch zentraler Akteur der Energiewende vor Ort sind. Nicht umsonst sagt unsere Imagekampagne ja ein ganz klein wenig charmant: Wir sind der Ausrüster der Energiewende.

Das Handwerk ist da verankert, wo die Energiewende stattfindet. Die Energiewende findet mit dem Handwerk statt. Wir sensibilisieren die Verbraucher in den Themen „Energieeinsparung“, „Modernisierung von Gebäuden und Gebäudetechnik“ und „veränderte Mobilität“. Und – das haben Sie auch gesagt, Herr Hellmann – wir spiegeln letzten Endes unsere beim Kunden erworbenen Erfahrungen den industriellen Zulieferern zurück. – Auch dafür schönen Dank!

Ich habe eben gesagt: Diese Diskussion war außerordentlich gut, außerordentlich fruchtbar. Jede Diskussion ist immer nur so gut wie der Moderator. Insofern habe ich, glaube ich, alles gesagt. Herr Steltzner, ein ganz großes Dankeschön an Sie für die hervorragende Moderation.

(Beifall)

Ich möchte mich jetzt ganz kurz fassen: Wir schließen nun diesen Teil der Veranstaltung. Das Handwerk ist ja immer ein bisschen geheimnisvoll. Ich weiß, dass Josef Zipfel dieses Geheimnis des Handwerks – so lautet, glaube ich, auch der Titel – ganz „zünftig“ in Papier gehüllt hat. Das möchten wir denen überreichen, die hier so fleißig diskutiert haben. Wir schließen an dieser Stelle. Aber die Veranstaltung ist noch nicht zu Ende. Ich freue mich, wenn wir uns gemeinsam im Foyer wiedertreffen und in der nächsten Stunde noch ein wenig miteinander über das diskutieren, was wir hier aufbereitet bekommen haben. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Dreikönigessen

Begrüßung und Einführung

**Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff,
Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags**

Meine Damen und Herren! Die Sternsinger waren sehr eindrucksvoll. Nach dieser wunderbaren Ouvertüre durch die jungen Menschen, die Europa in einer Weise präsentierten, wie es uns am Herzen liegt, darf ich Sie jetzt herzlich zu unserem Dreikönigessen begrüßen. Ich freue mich schon auf diesen Abend.

Ich freue mich auch, wenn ich mich umblicke. Das habe ich eben schon beim Dreikönigsforum gesagt. Der Kreis hat sich erweitert, weil noch einige dazugekommen sind. Ich freue mich, in so viele bekannte Gesichter zu blicken.

Lieber Theo Blank, wir haben schon lange Politik gestaltet und sind zur gleichen Zeit aus dem Bundestag hinausgegangen.

(Zuruf: Das war gut so!)

Ja, das war gut so.

(Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Mögen alle Ihre Wünsche in Erfüllung gehen – wenn nicht alle, so hoffe ich, die wichtigsten. Das genügt schon. Insbesondere wünsche ich Ihnen Gesundheit, was für mich das wichtigste Gut überhaupt ist.

Ich müsste jetzt viele begrüßen. Sie alle, die hier sitzen, sind prominent. Aber das würde natürlich den Umfang meiner Rede sprengen. Wir wollen ja gleich unseren Festredner hören, der etwas eher gehen muss. Er hat noch eine andere Veranstaltung. Deswegen werde ich nicht eine Stunde, sondern nur eine halbe Stunde reden.

(Heiterkeit)

Ich begrüße ganz herzlich unseren Wirtschaftsminister, Herrn Garrelt Duin.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Er ist ja nicht nur Wirtschaftsminister, sondern auch unser Handwerksminister. Und wir sind stolz darauf, dass gerade Sie das sind. Denn Sie füllen dieses Amt auch aus. Sie haben in kurzer Zeit die Herzen des Handwerks in Nordrhein-Westfalen gewonnen.

(Beifall)

Für alle Vertreter des Landtages begrüße ich deren ersten Vizepräsidenten, Herrn Eckhard Uhlenberg.

(Beifall)

Er ist auch ein großer Freund des Handwerks.

Eine große Freude ist es mir, Herrn Hans-Bernd Wolberg, den Hausherrn, hier begrüßen zu dürfen. Auch er ist ein Freund des Handwerks. In gleichem Atemzug begrüße ich Herrn Werner Böhnke, den Sie alle kennen.

(Beifall)

Ich begrüße Dieter Philipp, den Aufsichtsratsvorsitzenden der WGZ-Bank, meinen Präsidentenkollegen aus Aachen.

(Beifall)

Ich begrüße den ersten Handwerker, Herrn Hans Peter Wollseifer.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass du unser Präsident geworden bist. Das war unsere Idee, das war unser Vorschlag. Wir haben uns durchgesetzt, wenn auch knapp. Auch Adenauer ist mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden, und er wurde ein großartiger Bundeskanzler. Ich wünsche dir viel Glück!

(Beifall)

Es ist mir eine große Freude, Herrn Willy Hesse begrüßen zu können, meinen Präsidentenkollegen aus Arnberg.

(Beifall)

Ich freue mich natürlich auch, Herrn Reinhold Schulte begrüßen zu dürfen, den Aufsichtsratsvorsitzenden der SIGNAL IDUNA Gruppe,

(Beifall)

der, wie er mir vor einigen Tagen sagte, zum siebenundzwanzigsten Mal an einer Veranstaltung des NWHT teilnimmt.

Für alle Kommunalpolitiker – in diesem Raum sind viele – begrüße ich ganz herzlich Herrn Hans-Jürgen Petrauschke.

(Beifall)

Er kommt aus dem Rhein-Kreis Neuss. Wir arbeiten gut miteinander.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt schon zu unserem Festredner. Ich bin sehr froh, dass wir für diesen Abend Herrn Herbert Reul gewinnen konnten, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied des Vorstandes der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Herzlich willkommen, Herbert!

(Beifall)

Wir wollen uns heute mit Europa befassen. Ich darf aber mit einem Dank beginnen. Ich bedanke mich bei unserem Wirtschaftsminister ganz herzlich für seinen Einsatz für das Handwerk bei den Koalitionsverhandlungen. Ihnen haben wir zu danken, dass wir uns in einer hervorragenden Art und Weise in diesem Koalitionsvertrag wiederfinden. Im Grunde das Beste, was der Koalitionsvertrag zu bieten hat. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich bedanke mich auch bei den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grünen im Landtag, die mit ihrem gemeinsamen Antrag Ähnliches gefordert haben. Warum ist das so wichtig, meine Damen und Herren? Sowohl der Koalitionsvertrag als auch der Antrag befassen sich mit dem dualen System, mit der Meisterqualifikation, wie wir sie haben. Wir brauchen diese Stellungnahmen als Gefahrenabwehr gegen Brüssel. Wir brauchen sie dringend.

Wir brauchen sie aber auch als Gefahrenabwehr gegen alle, die noch immer einer falschen Bildungspolitik folgen. Sie meinen, das Leben einer Wirtschaft und das Leben einer Gesellschaft hänge davon ab, wie viele Akademiker wir haben.



Die Sternensinger der katholischen Kirchengemeinde „Heilige Familie“, Düsseldorf Stockum, mit Josef Zipfel, Willy Hesse, Andreas Ehlert, ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer, Hans-Bernd Wolberg, Minister Garrelt Duin, Professor Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff, Herbert Reul MdEP (von links nach rechts)

Das ist ein Fehlschluss, den man hier zieht. Wir sehen doch, was das duale System leisten kann. Wir haben zurzeit einen regelrechten Bildungstourismus nach Deutschland. Alle wollen unser duales System kennenlernen. Sogar der amerikanische Präsident hat davon gesprochen und das Handwerk sogar in Deutsch beim Namen genannt, weil es so etwas Ähnliches in den Vereinigten Staaten überhaupt nicht gibt.

Wir müssen uns gegen Brüssel wehren, gegen die Angriffe von dort. Ich frage mich, warum man uns nicht in Ruhe lässt, warum man den Ländern nicht das lässt, was sich bewährt hat. Warum lässt man uns nicht das System, das uns groß und stark gemacht hat? Denn unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hängt auch mit unserer Ausbildungsqualität zusammen.

Wir haben weniger Studenten als Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland, aber wir haben mehr ausgebildete Leute, die der Markt braucht. Natürlich haben wir nichts gegen die akademische Ausbildung – in gar keiner Weise. Aber wir haben etwas dagegen, wenn man einseitig die akademische Bildung betont und nicht das Handwerk mit seiner wirklichen Bedeutung für die Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nur ein Beispiel von vielen, dass Brüssel sich immer stärker und in unnötiger Weise in nationale Belange einmischt. Ich frage mich, warum. Es gibt viele Gründe, die dazu führen. Einer der Gründe ist die Größe des Apparates. Wir haben 28 Kommissare, das bedeutet 28 Kabinette, 28 Direktoren. Die wollen auch alle etwas leisten. Und sie leisten etwas. Das geschieht teilweise ohne demokratische Legitimation. Das Dümme, was wir in der letzten Zeit gehört haben, ist von einem Kommissar,

(Heiterkeit)

der geschrieben hat, er wolle gegen die Ölkännchen vorgehen, die auf den Tischen stehen. Das ist natürlich eine wichtige europäische Integrationsaufgabe.

(Heiterkeit)

Wir sehen in zunehmender Weise, dass die große Begeisterung, die gerade meine Generation hat-

te, als Europa gebildet wurde, immer mehr nachlässt. Wir waren noch von dem Gedanken getragen, dass Europa uns Frieden bringt. Europa hat uns Frieden gebracht. Es wird auch noch weiter Frieden bringen. Aber es wird auch Unruhe bringen. Die Unruhe kommt aus Brüssel und kommt nicht aus den Mitgliedsstaaten.

Wir sollten bei allem bedenken, dass nicht nur Geld das einzige Scharnier ist, das Europa zusammenhält. Es gibt viel mehr. Es gibt ganz andere Werte, die Europa ausmachen. Die Vielfalt der Kulturen Europas, das ist das Bindende.

Ich erinnere mich an ein großartiges Buch von Stefan Zweig „Die Welt von gestern“. Das war ein großes Gemälde über den Zusammenhalt der Kultur und der Menschen vor dem Ersten Weltkrieg, vor 1914, als die Grenzen schon offen waren, als man kulturell miteinander arbeitete. Dieser Mann musste ins Exil gehen, weil er Jude war. Er war in Brasilien in Sicherheit. Trotzdem hat er sich das Leben genommen, weil er glaubte, dass sein Kultureuropa zugrunde geht.

Diese Kultur zu erhalten und diese Kultur auch in der Einheit zu erhalten, ist etwas ganz Wichtiges. Ich möchte aber keinen kulturellen Einheitsbrei haben. Ich möchte Europa in seiner Ursprünglichkeit bewahren. Wir haben so viele Kulturen wie kein anderer Erdteil in der Welt. Wir sind jüdisch, christlich, abendländisch. Das ist ein Bindeglied, das viel wichtiger ist als Geld. Geld ist flüchtig. Alle Währungsunionen, die wir bisher hatten, sind zugrunde gegangen an der Nichteinigkeit der Staaten untereinander. Ich bin nicht gegen den Euro, nein. Ich habe zwar gegen seine Einführung gestimmt, aber wir haben ihn jetzt, und jetzt müssen wir ihn mit Leben füllen. Wir müssen ihn stabilisieren, damit er nicht noch weiter zum Sprengsatz wird.

Im Mai findet die nächste Europawahl statt. Hier geht es um grundlegende Zukunftsfragen. Es schießen plötzlich Parteien wie Pilze aus dem Boden, Parteien, die nicht unser rechtsstaatliches Denken haben, die keine Europäer sind, die Anti-Europäer sind. Denen wollen wir doch nicht das Feld überlassen. Wir müssen hier gemeinsam handeln!

(Beifall)

Ich bitte um eines, gerade wenn ich die Print- und die elektronische Presse betrachte: Wir müssen uns an eines gewöhnen: Dass wir nicht alle Kritiker, die es gut mit Europa meinen, die mit konkreten guten Vorschlägen aufwarten, immer in die rechte Ecke hineinbringen und sie sofort als Stammtischprediger betrachten. Das ist intellektuell nicht redlich. Man sollte gerade auch auf die Leute hören, die uns mit guten Gedanken einen besseren Weg vorschlagen. Wir müssen nämlich einen anderen Weg gehen. Es geht im umfassenden Sinne darum, welche Art von Integration, welche Art von Europa wir brauchen und zurzeit durchsetzen können.

Ich bin überzeugt, wir brauchen ein Europa der Vielfalt, der Freiheit. Und wir brauchen ein Europa der Subsidiarität. Das stand doch am Anfang der europäischen Einigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die große Sorge, dass die konkrete Politik in eine andere Richtung geht: mehr Vereinheitlichung, weniger Wettbewerb, mehr Bürokratie, weniger nationale, regionale und lokale Eigenverantwortung. Mit einer falschen Integrationsphilosophie wirtschaften wir Europa herunter.

Ich habe große Sorge hinsichtlich des Ergebnisses bei der Europawahl. Ich habe große Sorge, welche Parteien in den einzelnen Ländern gewählt werden. Es wäre doch schrecklich, wenn auf einmal Frankreich von einer Le Pen repräsentiert würde. Es wäre doch furchtbar, es wäre doch entsetzlich, wenn die Eurokritiker an die Macht kämen. Das wäre furchtbar. Es würde vieles kaputt machen, was wir heute noch liebevoll als unser Europa betrachten. Deshalb müssen wir uns wehren.

Es wird keinen europäischen Bundesstaat geben. Wir haben kein europäisches Staatsvolk. Wir brauchen ein Europa der Vaterländer. Das ist vielleicht zu wenig. Wir brauchen ein Europa, einen Staatenbund oder, wie Professor Paul Kirchhof gesagt hat, einen Staatenverbund. Das wäre für mich ein gangbarer Weg, wenn wir dort eine Konzentration vornehmen, wo wir sie brauchen, das heißt in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber daneben so viel Freiheit lassen wie eben möglich. Das ist für mich die Zukunft Europas. Ich bin froh, dass wir heute mit diesem Thema beginnen.

Wir werden uns mit diesem Thema noch weiter befassen, und zwar am 18. Februar 2014. Ich lade Sie alle um 10 Uhr in die Handwerkskammer Düsseldorf zu einem Symposium ein, das sich gerade mit der Frage der Subsidiarität beschäftigen wird. Es kommen renommierte Wissenschaftler aus ganz Deutschland, aber auch Praktiker aus dem Handwerk und aus anderen Bereichen. Ich glaube, das wird eine großartige Veranstaltung. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein!

Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen und wünsche uns allen nach einem langen Arbeitstag einen sehr schönen Abend. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Grußwort

**Hans-Bernd Wolberg,
Vorsitzender des Vorstands der
WGZ BANK AG Westdeutsche
Genossenschafts-Zentralbank**

Sehr geehrter Herr Präsident Schulhoff! Sehr geehrter Herr Minister Duin! Verehrte Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des gesamten Vorstandes der WGZ Bank und auch im Namen unseres Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Dieter Philipp, darf ich Sie sehr herzlich in unserem Hause willkommen heißen. Ich möchte auch das Willkommen meines geschätzten Vorgängers Werner Böhnke einschließen. Sie haben ihn so freundlich begrüßt. Ich denke, es ist in seinem Sinne.

Das Dreikönigstreffen des NWHT in der WGZ Bank hat eine lange Tradition. Sie haben die Frage gestellt, Herr Professor Schulhoff, ob das möglicherweise jetzt schon Gewohnheitsrecht sei.

(Prof. Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff: Im Rheinland, ja!)

Sie wissen, ich bin kein Jurist, ich bin nur Ökonom. Aber ich fürchte, das läuft auf Gewohnheitsrecht hinaus. Auf jeden Fall steht diese lange Tradition für die enge Verbindung zwischen dem Handwerk und der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Und wenn Sie, lieber Herr Schul-

hoff, davon sprechen, dass Sie sich in der WGZ Bank zu Gast bei Freunden fühlen, dann geht das dem Vorstandsvorsitzenden wie Öl hinunter, und dann macht er sich über Gewohnheitsrecht keine Gedanken mehr.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie sind alle gut ins neue Jahr gekommen und 2014 hat sich vielversprechend für Sie angelassen. Das neue Jahr wird viel Neues und auch viel Unvorhergesehenes mit sich bringen. Für diese Voraussage muss man kein Hellseher sein.

Auch das Jahr 2013 hat jede Menge Neues gebracht, Wichtiges und weniger Wichtiges, Angenehmes und weniger Angenehmes. Jede und jeder hier im Raum wird diese Frage für sich zum Teil völlig unterschiedlich beantworten. Deshalb gestatten Sie mir bitte, dass auch die folgende Auswahl sehr selektiv ausfällt.

Das vergangene Jahr war insbesondere von zwei herausragenden Persönlichkeiten geprägt, die weite Teile der Weltbevölkerung sehr bewegen und bewegt haben. Weil der Eindruck noch sehr frisch ist, möchte ich mit Nelson Mandela beginnen. Der unwiederbringliche Verlust dieser großartigen Persönlichkeit, dieses bewundernswerten Kämpfers gegen das Unrechtsregime der Apartheid und dieses beeindruckenden Staatsmannes hat uns allen kurz vor dem Jahresende noch einmal vor Augen geführt, was im Leben wirklich wichtig ist: Werte wie Toleranz und Nächstenliebe sowie die Kraft und die Bereitschaft zur Vergebung.

Damit komme ich gleich zur zweiten Persönlichkeit, dem neuen Oberhaupt der katholischen Kirche: Papst Franziskus, Hoffnungsträger für Millionen, wenn nicht für Milliarden Menschen auf der ganzen Welt, sicher nicht nur für solche katholischen Glaubens. Weg von der Cathedra hin zu den Menschen, so könnte man seine Botschaft kurz auf den Punkt bringen. Ich hoffe, es ist ihm die nötige Zeit gegeben, seine Reformvorschläge nicht nur auf die Schiene zu setzen, sondern ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die andere Seite dieser Medaille ist – ich darf es in Anlehnung an die Zeitung mit den großen Buchstaben etwas salopp formulieren –: Wir sind nicht mehr Papst. Dafür hat uns das Jahr 2013 kurz vor Toresschluss doch noch eine neue Re-

gierung beschert. Aber nicht nur das, meine Damen und Herren – Sie werden es aus dem Munde eines Bankvorstandes nicht anders erwarten –: Im Bankwesen auch eine neue Stufe der Regulierung, um nicht zu sagen, eine ganz neue Form des Bankwesens. Nennen wir es „Regulated Banking“. Investment Banking war gestern. Die zum Teil dramatischen Folgen für das weltweite Finanzsystem sind allgemein bekannt. Was der breiten Öffentlichkeit aber weniger bekannt ist, ist der unaufhaltsame Aufstieg der Regulierung, der Megatrend im Bankwesen. Nur diesmal nicht von angeblich bösen Bankern erdacht, sondern von den vermeintlich Guten, den Regulatoren, der parlamentarischen Bürokratie, also denen, die die Banken endlich mal an die Kandare nehmen sollen.

Deren Aufgabe sollte es eigentlich sein, den Banken solche Regeln aufzuerlegen, die zu ihrer jeweiligen geschäftlichen Ausrichtung passen. Und sie sollten es vor allem mit den Regeln nicht übertreiben.

Das Gegenteil ist allerdings leider der Fall. In der Anlageberatung zeigen sich bereits die negativen Auswirkungen ausgeführter Regulatorik. Die von den Banken einzuhaltenden Regeln sind dermaßen kompliziert geworden, dass sich viele Marktteilnehmer aus der breiten Beratung bereits desillusioniert zurückgezogen haben. Der Grund: aberwitzige Dokumentationspflichten, ellenlange Beratungsprotokolle. Der Aufwand hierfür lohnt sich in den allermeisten Fällen schlicht und ergreifend nicht mehr; denn am Ende droht auch noch die Schadenersatzklage wegen Falschberatung, die auch im unbegründeten Fall allerhand Aufwand verursacht.

Die Leidtragenden dieser Form von Regulierung sind aber diejenigen, zu deren Nutzen sie gedacht ist: die Privatanleger. Der Kunde, der eigentlich geschützt werden sollte, ist dann die längste Zeit Kunde gewesen und kann selbst sehen, wie er glücklich wird. Anders ausgedrückt – vielleicht etwas sarkastisch; erlauben Sie es mir –: Operation „Regulierung“ gelungen, Patient „Bank“ tot.

Nun könnte man sagen: Was schadet's der Wirtschaft, wenn der Kleinanleger keine Aktien mehr kauft? Ist doch sowieso alles von den großen Playern dominiert. Aber Vorsicht, meine Damen und Herren: Wir müssen aufpassen, dass diese

Art von Überregulierung nicht auch noch auf die Kreditseite übergreift. Denn schon heute zeichnet es sich ab: Durch permanentes Verschärfen der Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für die Banken werden sich diese über kurz oder lang gezwungen sehen, Risiken abzubauen oder mindestens keine neuen Risiken mehr einzugehen.

Das trifft diejenigen Institute, die sich in ihrem Geschäftsmodell von jeher an der Realwirtschaft orientiert haben, besonders hart – und mit ihnen deren Kunden. Ich höre förmlich das Gezeter, wenn der Regulierungszug erst mal mit Karacho in die Kreditmärkte gerauscht ist. Das Wehklagen wird laut sein. Und wie immer will es hinterher keiner gewesen sein, zumindest nicht diejenigen, die die Stellschrauben zu hart angezogen haben, sondern – na klar – die Banken, die keine Kredite mehr geben wollen. Von Kreditklemme wird dann die Rede sein, erstmals seit langem zu Recht.

Banker – damit muss sich unser Berufsstand nun einmal abfinden – sind im Moment die bösen Buben – die bösen Buben der Neuzeit. Das sehen Sie in jedem jüngeren Film oder Theaterstück oder lesen es in aktuellen Romanen. Taucht ein Banker auf, können Sie sicher sein, es handelt sich um den Schuft.

Eigentlich, meine Damen und Herren, müsste man bereits am Eingang jeder Bank ein Schild aufstellen, das den Kunden mit warnenden Worten darauf hinweist, dass er sich beim Betreten des Bankgebäudes in Gefahr begibt. Jedenfalls könnte hinterher niemand mehr behaupten, man hätte ihn nicht gewarnt. – In diesem Zusammenhang ein Kompliment an Sie, meine Damen und Herren: Entweder sind Sie mutig, oder es handelt sich bei Ihnen um echte Freunde der WGZ Bank!

(Heiterkeit und Beifall)

„Banker ohne Vorbild“ titelte das „Handelsblatt“ kurz vor Weihnachten. Bei der jährlichen Preisverleihung des Blattes an herausragende Wirtschaftsvertreter ging die Bankenbranche erneut leer aus. Ich zitiere:

„Wir brauchen verantwortungsbewusste Banker, die sich nicht auf die implizite Steuergeldgarantie



verlassen, sondern auf die eigene unternehmerische Entscheidung und für diese geradestehen.“

Dieser Analyse kann ich noch uneingeschränkt folgen. Dann aber geht es so weiter:

„Der Bedarf an solchen Managern ist groß, doch das Angebot kaum wahrnehmbar.“

Der Autorin kann ich nur raten: Schauen Sie sich mal im richtigen Lager um! – Dort gibt es eine Vielzahl verantwortungsbewusster Persönlichkeiten. Ob die sich jedoch darum reißen, als „Banker des Jahres“ in eine Ahnengalerie mit allerhand unrühmlicher Nachbarschaft aufgenommen zu werden, erscheint mir eher zweifelhaft.

Wir Banken befinden uns derzeit in einer Art Schachspiel mit den Regulatoren. Da einige prominente Vertreter unserer Zunft „Mist gebaut“ haben, müssen wir mit Schwarz spielen, haben keine Dame, dafür einen Bauern mehr. Unser Gegenüber hat Weiß und gleich mehrere Damen, dafür weniger Bauern. Und er hat den ersten Zug, darf also die Partie eröffnen. Die Folge: Schwarz ist wahrscheinlich in weniger als zehn

Zügen matt. Was letztlich aber nicht nur die Banken, sondern am Ende die gesamte Wirtschaft trifft.

Es steht also – weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit – viel auf dem Spiel. Ich hoffe, dass gerade die Politiker unter uns – es sind nicht wenige – diese Botschaft hören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser nicht gerade Zuversicht versprühenden Botschaft möchte ich Sie natürlich nicht in den weiteren Abend entlassen. Selbstverständlich gab und gibt es auch deutliche Lichtblicke. Damit meine ich nicht etwa das Licht am Ende des Tunnels. Hierzu zählt in jedem Fall die robuste gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Das Handwerk hat daran wie immer maßgeblichen Anteil.

Aber auch wenn es nicht gerade en vogue ist, möchte ich als Hausherr in aller Bescheidenheit eines hinzufügen dürfen: Auch die Banken leisten hierzu ihren Beitrag, indem sie die Unternehmen mit Rat und Tat bei ihren Investitionsentscheidungen und anderen geschäftlichen Aktivitäten zuverlässig begleiten.

(Beifall)

Abschließend, meine Damen und Herren, bleibt mir noch, Ihnen und Ihren Familien ein glückliches, gesundes und erfolgreiches neues Jahr zu wünschen. Genießen Sie den heutigen Abend in unserem Hause als Gäste des NWHT, einen sicherlich interessanten Festvortrag von Herrn Reul, das Menü und weitere anregende Gespräche. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff:

Nur einige Sätze: Lieber Herr Wolberg, ganz herzlichen Dank für Ihre nachdenklichen Worte. Wir Handwerker können unterscheiden und würden deshalb nie sagen „die Banker“. Es sind nur ganz wenige, die leider allen Bankern das Arbeiten schwerer machen.

Wir sind ihre Freunde. Wir wissen, zu wem wir kommen. Wir sind gerne hier. Wir wissen auch, dass wir die Banken brauchen. Wir brauchen solide Banken, wir brauchen solide Anlageformen. Sie werden uns also immer an Ihrer Seite haben. Nochmals: Ganz herzlichen Dank für Ihre Worte!

(Beifall)

Manchmal ist man doch viel zu schnell. Ich möchte noch zwei Begrüßungen nachholen. Für die elektronische Presse begrüße ich ganz herzlich die Leiterin vom Landesstudio Nordrhein-Westfalen, Frau Dorthé Ferber. Danke, dass Sie da sind.

(Beifall)

Für die Printpresse begrüße ich ganz herzlich Holger Steltzner, der heute unsere Nachmittagsveranstaltung hervorragend moderiert hat. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Und jetzt wünsche ich uns eine gute Vorspeise. Danach spricht Herbert Reul zu uns.

Festansprache

Herbert Reul MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Herr Präsident Wolfgang Schulhoff! Sehr geehrter Herr Präsident des Deutschen Handwerks! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute ein paar Worte zu Ihnen sagen zu dürfen.

Ich freue mich sehr über die Einladung, will aber vorab Ihnen allen und Ihren Familien und auch Ihren Unternehmen ein gutes, erfolgreiches neues Jahr wünschen. Das Jahr 2014 soll noch besser werden als das Jahr 2013 – und das war schon nicht schlecht. Ich wünsche uns allen, dass wir, wenn wir am Ende des Jahres oder zu Beginn des nächsten Jahres zusammenkommen, sagen können: Es hat sich gelohnt, dass wir uns in dem Jahr angestrengt haben, denn wir sind ein Stück weitergekommen. So ist das ja in Ihrem Leben, im Wirtschaftsleben, aber auch im Politikerleben, man kommt immer nur ein Stück weiter. Alles bekommt man selten hin.

Deswegen gehe ich auch bei den Ansprüchen, wohin ich will und was ich erreichen will, mehr nach der Methode Merkel vor, Step by Step und nicht große Sprüche zu machen, die man nachher nicht hinbekommt.

Aus dem Grunde möchte ich gern heute zu Beginn des Jahres mit ein paar Überlegungen einsteigen, die dieses Jahr kennzeichnen. Wenn Sie sich die Zeitungen anschauen, dann lesen Sie von Flüchtlingsströmen, von Armutswanderung, Sie lesen von Kriegen in der Welt, von Menschen, die hungern, von Menschen, die, weil sie hungern, weil sie um Rohstoffe kämpfen, sich kriegerisch auseinandersetzen. Alles das lesen Sie. Nur hier bei uns in Europa leben wir in Frieden und in relativ gutem Wohlstand. Das ist, denke ich, die richtige Beschreibung zu Jahresbeginn 2014. Das ist nicht so schlecht, um einmal einen ersten Punkt zu machen.

Wenn Sie sich anschauen, warum das so ist, wieso das so gekommen ist, kann man schon zurückschauen und sagen: Wahrscheinlich ist das so, weil wahnsinnig viele fleißige, engagierte, kluge, tolle Menschen unterwegs sind, die sich

anstrengen und was bewegt haben, wahrscheinlich aber auch, weil vor ein paar Jahrzehnten ein paar Menschen eine kluge Entscheidung getroffen haben, als sie sagten: Wir machen dieses europäische Projekt.

Wir haben damit nämlich erreicht, dass hier in Europa keine Auseinandersetzungen und Kriege mehr stattfinden, dass es solche Reibungsverluste nicht mehr gibt, sondern dass man sich zusammenschließt, dass man von den Stärken der anderen profitiert, dass denjenigen, die Schwächen haben, geholfen wird, und dass man ein Stückchen gemeinsam vorankommt. Hier in Europa ist eine Situation entstanden, in der man wirklich – da braucht man keine großen Beschreibungen zu machen – sagen kann, hier leben die Menschen in Frieden und in Wohlstand wie kaum woanders auf der Welt. Das sind 500 Millionen Menschen, in Deutschland 80 Millionen Menschen. Auf der gesamten Welt gibt es sieben Milliarden Menschen. Nun brauchen Sie keine großen mathematischen Kenntnisse, um festzustellen, dass der Rest wesentlich mehr ist als wir. Übrigens: Demnächst werden es neun Milliarden Menschen sein. Es geht schlagartig schnell voran.

Jetzt würde sich doch jedes schlichte Gemüt, wenn wir einmal nach vorne sehen, die Frage stellen – die interessiert mich und darum engagiere ich mich in der europäischen Politik –: Wie geht es eigentlich weiter? Wird das so weitergehen, dass es den 500 Millionen oder den 80 Millionen so gut geht und die restlichen Milliarden sagen: Super, wir machen weiter so? Oder aber: Könnte es sein, dass diese sieben Milliarden, die übrigens nicht nur mehr, sondern auch noch jünger sind – ich verrate ein kleines Geheimnis; blöd sind die auch nicht –, möglicherweise auf die Idee kommen, sich in den Wettbewerb einzulassen – das nennt man dann globalen Wettbewerb – und diese Auseinandersetzung vielleicht gewinnen? Wer sagt eigentlich, dass in zehn Jahren die Situation noch so ist, wie sie heute ist?

Ich habe drei Töchter, und ich bin ein bisschen unruhig, ob ich denen sagen kann: In zehn Jahren geht es euch noch so gut wie heute. Das kann ich ihnen nicht mehr mit Sicherheit sagen, weil zumindest der Tatbestand „sieben Milliarden oder später neun Milliarden“ Menschen die Frage aufwirft, könnte es sein, dass möglicherweise



die anderen an uns vorbeiziehen. Die Frage beschäftigt mich.

Eines ist für mich klar: Zu glauben, dass wir das als Deutsche allein machen, weil wir so super stolz und toll sind, das ist wirklich ein Aberwitz. Wenn das überhaupt gelingt, dann nur, wenn wir uns in Europa zusammenschließen und die 500 Millionen Menschen einen gemeinsamen Markt machen, eine gemeinsame Veranstaltung, ein gemeinsames Projekt. Das ist für mich die zentrale Begründung für das Morgen, warum ich sage: Dieses Europaprojekt ist es wert, dass man sich anstrengt und schaut, ob man das hinkriegen kann, wie man es schaffen kann und wie man das, was nicht gut läuft oder nicht gut gelaufen ist, vielleicht korrigieren, verbessern oder besser gestalten kann.

500 Millionen Menschen verbrauchen 50 Prozent der Sozialausgaben auf der Welt. Wie soll das eigentlich gehen? 90 Prozent des Zuwachses der Produktion in der Welt in den nächsten zehn Jahren findet außerhalb Europas statt. Man kann es auch ganz praktisch sagen: Als ich mir

als junger Kerl ein Radiogerät, ein Fernsehgerät oder ein Tonbandgerät gekauft habe, da war das von Grundig oder von Braun. Wenn Sie heute in solche Läden gehen, finden Sie nur noch südkoreanische Firmen. Auf gut Deutsch: In einigen Branchen ist längst was passiert, wahnsinnig viel passiert. Ganze Märkte werden mittlerweile von Unternehmen bestimmt, die außerhalb Europas sind. Das macht es notwendig, darüber nachzudenken, ob es nicht lohnend ist, diese Veränderung dadurch aufzugreifen, indem wir uns in Europa anstrengen und zusehen, wie wir den Wettbewerb gewinnen können. Diesen Wettbewerb gewinnen heißt, dafür zu sorgen, dass man die Fehler, die passiert sind, die Fehler, die vorhanden sind, die Fehlentwicklungen, die es gibt, korrigiert. Ich habe noch nie in meinem Leben erlebt, dass ich Fehler dadurch wegbekomme, dass ich darüber eine Woche diskutiere. Ich schaffe das nur, wenn ich anpacke. Ich glaube, ich bin in einem Kreis von Menschen, der das so ähnlich sieht.

Was nützt es, wenn ich von morgens bis abends darüber meckere, was in Griechenland schief-

läuft? Gar nichts. Die Frage ist: Woran lag es, und wie kriegen wir die Fehler weg? Wenn ich die Analyse einmal schlicht und einfach mache, gab es zwei große Probleme: Das erste Problem war, dass sich die Staaten zu sehr verschuldet haben. Sie haben sich nicht an die Absprachen gehalten. Deswegen sind die anderen Staaten, die auch die gleiche Währung haben, in große Gefahr gekommen. Die Griechen waren da besonders gelungene Exemplare. Aber sie nicht allein. Vorsicht! 68 Mal ist diese Absprache gebrochen worden. Deutschland war daran auch einmal beteiligt. Ich sage das, damit wir uns daran erinnern.

Daran erinnern mich manchmal griechische Kollegen. Ich finde, es ist auch nur fair, daran zu erinnern. Als nämlich die Großen, Frankreich und Deutschland, gesagt haben: „Wir halten uns nicht mehr an die Regel, die blauen Briefe interessieren uns nicht mehr, wir interpretieren das dann anders“, in dem Moment war die Tür auch für jeden anderen auf, zu sagen: Das machen wir auch so. Ich will nicht ablenken von dem, was da an richtig radikalen Fehlern passiert ist. Da ist betrogen worden, da sind falsche Daten geliefert worden. Das stimmt. Darüber könnte ich den ganzen Abend reden. Nur: Das ändert überhaupt nichts. Das Problem ist da, und die Ursache ist, dass offensichtlich der Mechanismus, mit dem wir versucht haben, das in den Griff zu kriegen, nicht ausreichend war. Denn ein fröhliches Versprechen reichte nicht.

Da muss es Regeln geben. Daran arbeitet die Politik seit einigen Jahren. Seit die Krise da ist, arbeitet die nationale und europäische Politik daran, Lösungen zu finden, wie man es hinbekommen kann, dass das möglichst nicht mehr passiert. „Nie“ sollte man in der Politik nicht sagen.

Die Hauptantwort ist eigentlich eine sehr banale. Die heißt: Es muss sichergestellt sein, dass die Staaten sauber kontrolliert werden, ernsthaft kontrolliert werden, dass auch die europäischen Behörden richtig hinsehen, und dass die Daten, die geliefert werden, korrekt sind und dass es einen Mechanismus gibt, dass automatisch eingegriffen wird, wenn sich jemand zu sehr verschuldet. Da darf nicht mehr im Rat diskutiert werden, da kann nicht mehr interpretiert werden, sondern dann muss automatisch sanktioniert werden.

Genau das ist jetzt passiert. Diese Regeln gibt es nun. Es gibt jetzt Regeln, die heißen: Die Fakten werden präzise überblickt. Die europäischen Behörden haben mehr Macht und Einfluss. Und es gibt einen automatischen Sanktionsmechanismus. Ich kann auch ganz banal sagen, was wir im kommunalen Bereich längst kennen: Wenn sich eine Kommune zu sehr verschuldet, kommt die Kommunalaufsicht und kümmert sich. Notfalls wird ein Kommissar hingeschickt.

Das ist natürlich bei Staaten, die sich zusammenschließen, viel komplizierter. Darum hat das auch so lange gedauert. Viele sagen: Warum macht ihr das nicht ein bisschen schneller? Ja, ich wäre auch für schneller. Wer mich kennt, der weiß, dass ich immer für schnell bin. Aber das ist doch das Problem, dass die Staaten auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen – auf die Finanzhoheit. Da greift ihnen notfalls jemand in die Kasse.

Ich erinnere mich noch daran, als Herr Trichet den Karlspreis bekam und er als eine seiner Thesen erklärte: Wir brauchen am Ende dieses Prozesses einen europäischen Finanzminister, jemanden, der sich da einmischen kann. Herr Schäuble saß ein paar Reihen vor mir und zuckte damals noch zusammen. Mittlerweile erklärt er das selber als politisches Konzept.

Wenn man eine gemeinsame Währung will, dann muss man natürlich auch gemeinsam einen automatischen Sanktionsmechanismus regeln, und es muss auch eine Stelle in Europa geben, die die Kompetenz hat, einzugreifen. Sonst geht es nicht, oder man lässt es sein. Wir haben uns entschieden, es zu wollen, also muss der zweite Schritt auch erfolgen, weil er vorher vergessen worden ist.

Der zweite große Bereich – ich muss es kurz machen –, in dem Probleme entstanden sind, waren die Banken. Es waren nicht alle Banken, damit das klar ist. Das wird zwar immer erzählt, aber ist natürlich Quark. Im Bankenbereich sind Geschäfte gemacht worden, die nicht in Ordnung waren und die uns in größte Schwierigkeiten gebracht haben. Das ist so. Dafür braucht es auch Lösungen. Die Antwort ist: Wir brauchen im Bankenbereich europäische Antworten, weil es offensichtlich nicht sein kann, dass jeder die Bankenaufsicht, die Abwicklung von Banken

nach den Mechanismen macht, wie es ihm gefällt. Wenn wir Regeln haben, dann müssen die vielmehr vergleichbar sein, ähnlich sein, gleich sein. Das hinzukriegen war schwierig. Das war übrigens deshalb schwierig, weil sich zum Beispiel meine Truppe im Europäischen Parlament natürlich wahnsinnig schwer getan hat zu sagen: Ja, wir sind für eine gemeinsame europäische Aufsicht bei den Banken, aber wir wollen nicht, dass jede Kreissparkasse, jede Volksbank von Brüssel beaufsichtigt wird. Das ist Quark. Das brauchen wir nicht. Es muss doch auch noch Lösungen geben, die da heißen: Die international tätigen Banken werden von Brüssel in den Blick genommen, aber die anderen können doch über nationale Bankaufsichten, wenn die denn richtig konstruiert sind, wenn sie nach gleichen Regeln arbeiten, überwacht werden. Wieso denn nicht? Wir haben es auch geschafft, das aufzubrechen und zu verändern.

Das heißt, am Anfang war eine große Bedrohung, und über Diskussionen ist das verändert worden. Das hängt davon ab – den kurzen Satz muss ich dann doch mal sagen –, wer die Mehrheiten hat, ob man Mehrheiten für ein Projekt hat oder nicht. So ist das in der Demokratie. Sonst geht es schief.

Jetzt diskutieren wir über den Abwicklungsmechanismus. Wir diskutieren darüber, was denn passiert, wenn eine Bank pleite geht. Keiner will, dass am Ende der Steuerzahler zahlt. Darüber haben wir uns alle aufgeregt. Dafür braucht es Regeln. In Deutschland haben wir das Problem nicht, aber in ganz Europa haben wir es. Wir haben doch erlebt, was es heißt, wenn in Spanien Banken reihenweise zusammenkrachen. Dann kommt am Ende nämlich der Ruf: Da muss uns irgendein anderer helfen. Es gibt auch kluge politische Kräfte, die dann sagen: Dann machen wir so etwas wie eine gemeinsame Finanzierung aus dem großen Topf - um es einmal ein bisschen praktisch zu sagen.

Wenn man das nicht will, braucht man Regeln. Die sind nur leider sehr kompliziert. Daran wird im Moment gearbeitet. Ich hoffe, dass es uns gelingt, auch da eine differenzierte Lösung zu finden, die den Unterschiedlichkeiten gerecht wird, die aber trotzdem dafür sorgt, dass das Problem gelöst wird.

Natürlich sind nicht alle Banker das Problem. Übrigens: Alle Politiker sind auch nicht blöd und schlimm; das als kleiner Nebensatz. Das ist eine Schwierigkeit, mit der unsereins den ganzen Tag herumrennt. Auch da gibt es durchaus verschiedene Menschen, wie in jedem anderen Beruf. So ist das Leben.

Das ist die zweite große Aufgabe, die gelöst werden muss. Die Fehler müssen korrigiert werden. Ich habe jetzt einmal zwei zentrale Fehler genannt.

Damit so etwas nicht wieder passiert, braucht man Instrumente. Auch dazu habe ich zum Teil eine Antwort gegeben. Das ist mühsam und irrsinnig kompliziert und schwierig, weil 28 Staaten Ja sagen müssen und ein Parlament Ja sagen muss. Das ist ein Prozess, der leider Zeit braucht.

Ich bin überrascht, mit welcher Schnelligkeit wir da vorangekommen sind. Auch diese Aussage muss an der Stelle einmal sein: Wir wären noch lange nicht so weit, wenn es da nicht eine politische Kraft wie Angela Merkel gegeben hätte – das ist auch die Wahrheit –, die mit klarem Kurs, mit Verlässlichkeit und ohne Wackeln und Zucken die Sache durchzieht, auch dann, wenn der Widerstand kommt.

Man muss eben auch sagen: Wenn du die Auflagen bekommst, dass du deine Schulden abbauen sollst, dann sind wir auch bereit, dir zu helfen. Das ist die simple Antwort: Solidarität und Eigenverantwortung. Jeder bekommt Hilfe, aber er muss auch seinen eigenen Job erfüllen. Das müsste beim Handwerk doch große Jubelstürme auslösen. Nur so geht es. Das ist aber politisch umstritten. Ich sage das, damit wir uns da nichts vormachen. Es gibt auch in der Politik Menschen, die der Meinung sind, wir müssten das mit Eurobonds lösen, also nach dem Motto, dass notfalls die ganze Truppe alles bezahlt. Dann geht aber die Party weiter, und es wird kein Problem gelöst.

Das heißt, Europa ist im Moment an sehr vielen Stellen beteiligt an der Antwort auf die Frage: Geht es so herum oder so herum? Insofern bin ich sehr dankbar, dass Sie sich in diese Debatten einmischen. Sie mischen sich doch auch in die Debatten in Berlin ein, Sie mischen sich in die Debatten in Düsseldorf ein. Man muss sich genau

so einmischen, wie es das Handwerk in Brüssel schon mit langer Tradition macht, an solchen Stellen, wo es um die Wurst geht, wo man sagt, wie die Weiche gestellt werden soll. Eigenverantwortung und Sparen!

Wir haben gestern den griechischen Premierminister im Parlament zu Besuch gehabt. Besuch ist vielleicht falsch; denn er ist jetzt der Präsident des Rates. Er hat vorgetragen, und er hat bei diesem Vortrag auch unterschiedliche Debatten hervorgerufen. Es gibt im Europäischen Parlament natürlich Leute, die der Meinung sind, wir müssten mit diesen klaren Sparanstrengungen aufhören, und es gibt andere, die der Meinung sind: Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass jeder in seinem Bereich seine Sparanstrengungen macht und seine Schulden herunterschraubt. Er muss dann Strukturreformen durchführen, damit er vorankommt. – Das ist doch klar. Um das einmal ganz platt zu formulieren: Wie will man, wenn man kein ordentliches System hat, um Steuern zu erheben, Steuern einnehmen? Das muss alles geleistet und nachgearbeitet werden. Auch das dauert seine Zeit.

Aber man braucht auch Impulse – das halte ich für wichtig –, wie es denn weitergeht, wie man Wachstum in Gang bekommt. Man muss auch überlegen, wie man in diesem europäischen Raum im Wettbewerb der sieben und später neun Milliarden Menschen hinbekommt, dass man vorne ist. Ich halte nichts von diesen Sprüchen, worüber wir in Brüssel oft diskutiert haben: Wir wollen der wettbewerbsstärkste Raum der ganzen Welt werden. Lissabon-Strategie und wie das alles heißt. Ich halte mehr davon, jetzt sorgfältig darüber nachzudenken, wie man es hinbekommt.

Die erste Feststellung ist: Man muss besser als die anderen sein. Man muss gut sein, richtig gut sein. Dazu hat der Präsident eben schon einen Hinweis gegeben. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist gute Ausbildung, eine Topausbildung, und zwar breit, sowohl Hochschule als auch duale Ausbildung, Meisterprüfung – die ganze Palette. Da hat sich in den letzten Monaten etwas geändert. Durch die Krise bedingt sind jetzt die Kollegen in Griechenland, Spanien und von sonst wo unterwegs und fragen: „Herbert, wie ist das denn mit dem dualen Ausbildungssystem bei euch? Davon hört man so viel. Was ist denn

da anders?“ – Die sind neugierig. Die suchen da auch nach Lösungen. Es gibt in Griechenland, wenn ich das richtig gehört habe, jetzt den ersten Versuch, die duale Ausbildung an einer Stelle im berufsbildenden System zu probieren.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher, solch eine Zelle wird hundertprozentig Schneeballsystemwirkung haben. Das Hauptproblem in diesen Staaten besteht neben den Problemen, die ich benannt habe, auch darin, dass sie zwar eine hochqualifizierte Ausbildung haben, aber nicht am Markt. Die passt nicht zu dem, was in der Wirtschaft gebraucht wird. Was nützt das?

Ich bin mir relativ sicher, Herr Schulhoff: In Zukunft werden die Debatten über die Besonderheiten des deutschen Ausbildungssystems, wenn andere das auch haben, ganz anders verlaufen. Möglichst viele mit dieser tollen Idee anzustechen ist die beste Wirkung, die wir erzielen können. Wenn es so etwas an vielen Stellen in Europa gibt, dann gibt es keine Debatte mehr, dass alles gleich werden muss, weil sich die Frage dann erledigt hat.

Dazu gehört, dass wir uns im Bereich von Innovation und Forschung voranbewegen. Ich kann das jetzt nur stakkatohaft nennen, will Ihnen aber auch ein paar Beispiele liefern.

Forschung zu machen ist nicht nur eine Frage von mehr Geld. Wir haben im Europäischen Parlament vor einem Jahr eine Debatte über die Höhe des Etats gehabt. In meiner Fraktion hat sich dann die Mehrheit durchgesetzt, die meinte, wir müssten mehr Geld von den Mitgliedsstaaten fordern. Davon, in einer solchen Zeit mehr Geld zu fordern, habe ich gar nichts gehalten. Da nimmt man die Realität nicht zur Kenntnis. Man muss in diesen Tagen die Antwort geben, ob wir in der Politik die Kraft haben – wie heute auch schon in jedem Stadtrat –, mit den vorhandenen Mitteln die Schwerpunkte neu zu justieren. Wenn Forschung und Innovation wichtig sind, dann muss woanders etwas weggenommen werden. Das ist der unangenehme Teil, den ja keiner gerne macht. Aber dieser Teil muss gemacht werden. Der wird schwierig. Da darf sich keiner etwas vormachen. Diese Frage wird Europa noch zu beantworten haben.

Wenn wir dann im Forschungsbereich Antworten geben – jawohl, wir wollen Schwerpunkte setzen –, dann muss man sagen, wie. Als wir die Forschungsdiskussion hatten, haben sich Kollegen aus Osteuropa sehr schnell zu Wort gemeldet und gesagt: Es ist doch ungerecht, dass das ganze Forschungsgeld nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland geht und wir so wenig erhalten. Wenn ich das schon in dem Zusammenhang höre! Das ist nicht ungerecht, sondern logisch, weil sich die Spitzenforschung eben in diesen Staaten befindet. Forschungspolitik in Europa macht nur Sinn, wenn wir die Exzellenz noch stärker machen, das Beste noch stärker machen. Die Gießkanne ist da, um es einmal verkürzt zu sagen, idiotisch. Aber da drohte die Gefahr – das ist doch klar –, dass dann, wenn der Druck kommt – so ist das meistens –, gesagt wird: Verteilen wir einmal ein bisschen gerechter.

Das ist nicht passiert, wie ich Ihnen vermelden kann. Wir haben es durchgehalten. Wir haben es geschafft, die Forschungsmittel weiter zu konzentrieren, allerdings auch, weil wir eine klitzekleine neue Idee eingeführt haben. Ich will sie beschreiben, weil sie von mir ist.

(Heiterkeit)

Ja, man muss ehrlich sein. Ich erzähle von dieser Idee, weil sie vielleicht das Denken erklärt, das ich Ihnen nahebringen will.

Wir haben ein paar Hundert Millionen € vorgesehen für ein Projekt, das Teaming for Excellence heißt. Den Namen können Sie vergessen. Es geht um die Idee, dass sich ein exzellentes Forschungsinstitut mit einer forschungsschwachen Region zusammenschließt und sich in einem Wettbewerb um die Gelder bewirbt. Die Gelder gibt es also nicht nach dem Gießkannenprinzip oder nach irgendwelchen Antragsverfahren, sondern nach einem Wettbewerb. Es werden Projekte ausgeschrieben. Man muss sich bewerben. Es müssen sich immer zwei zusammen bewerben. Zum Beispiel: Max Planck aus München mit der Region Sofia in Bulgarien. Sie machen ein Projekt, gewinnen, erhalten das Geld. Das Geld geht nach Sofia. In Sofia wird das investiert. Es kommen Strukturfördermittel dazu. Da werden die besser eingesetzt als für noch eine Küstenstraße in Griechenland. Dann kann sich daraus etwas entwickeln. Das

ist übrigens nichts Neues, abgeschaut bei Jürgen Rüttgers' BioRegio-Wettbewerb, abgeschaut bei der deutschen Einheit Max Planck/Neue Bundesländer. Genau so ist es da gemacht worden.

Ich glaube, mit solchen Methoden kann man Forschung, Forschungspolitik und Innovation an anderen Stellen neu in Gang setzen. Das ist doch die einzige Antwort, die mir dazu einfällt. Die Antwort, noch mehr Geld auszugeben, um die Löcher zu stopfen, ist keine. Die Antwort heißt: Jeder muss sparen, muss seinen Job machen. Jeder muss seine Strukturreform machen, aber wir tun auch etwas dafür, um solche Innovationen voranzubringen.

Übrigens: Da gab es ein kleines Projekt „Reformverträge“ von Angela Merkel in den Koalitionsverhandlungen, an denen ich erstmalig als Europapolitiker erfreulicherweise beteiligt war. Die Idee ist relativ simpel. Wenn ein Staat zusätzliches Geld haben will, weil er in Not ist, bekommt er für ein Projekt zusätzliches Geld, wenn er in einem Vertrag bei der Kommission unterschreibt, welche Bedingungen er erfüllt, was er an Gegenleistung erbringt.

Das war bei den Koalitionsverhandlungen schwer umkämpft, weil darüber zwischen den Parteien keine Einigkeit bestand, ob das der richtige Weg ist. Das klingt dann schon wieder nach „knebeln“, „unterdrücken“. Nein, das ist fair. Man erhält Hilfe, wenn man auch selber einen Beitrag leistet. Dann kann daraus etwas entstehen.

Ich nenne noch ein weiteres Beispiel zum Forschungs- und Innovationsbereich. Darüber kann man lange diskutieren. Ob es so besonders intelligent ist, dass wir in Deutschland bei erneuerbaren Energien das Geld zum Fenster rausschmeißen, habe ich noch nicht verstanden. Ich habe nie verstanden, warum man riesige Summen an Geld ausgibt und alle dazu klatschen. Die Preise gehen hoch wie eine Rakete. Die Bürger bezahlen immer mehr. Wir bekommen Energie-Armutprobleme. Die Industrie hat Probleme. Jetzt macht Brüssel noch Probleme, weil die zu Recht sagen, das sei nicht in Ordnung.

Man könnte ja auch einmal darüber nachdenken, ob man die Euros an den Stellen investiert, wo man die höchste Wirkung erzielt. Das ist übri-

gens etwas ganz Banales. Das wusste schon meine Oma: Man muss das Geld da investieren, wo du die höchste Wirkung erreichst. Wieso machen wir nicht Solarkraftwerke in Griechenland? Wieso lenken wir die Mittel, die hier investiert werden, in irgendwelche Solaranlagen, wo nur ab und zu die Sonne scheint? Mit demselben Geld können Sie eine vielfache Wirkung da erreichen, wo viel Sonne ist. Die Griechen bräuchten kein Erdöl mehr zu kaufen, sie hätten eine eigene Versorgung, und sie könnten auch noch Strom verkaufen.

Ich weiß – Hildegard Müller als Oberprofi sitzt hier –, so simpel ist die Nummer auch nicht. Es ist komplizierter, aber es geht. Und es ist wenigstens mal eine Idee, die nach vorne zeigt, und nicht die Verwaltung des Problems. Diese Idee würde dazu führen, dass man dann auch Leitungen in Europa braucht. Was wäre denn daran schlimm, wenn wir in Europa ein ordentliches Verbindungsnetz für Energie hätten?

Wenn es richtig ist, dass wir Wachstum wollen, dann muss man doch auch dafür sorgen, dass diese erneuerbaren Energiequellen produktiv genutzt werden können. Wir wissen alle, dass die ab und zu mal ausfallen. Ich meine, wir können verabreden, dass wir der deutschen Bevölkerung erzählen: Wenn der Strom ausfällt, weil kein Wind oder keine Sonne da ist, wird Fernsehen eben einmal eine Stunde ausgemacht. Das werden sie aber nicht mitmachen, und zwar zu Recht.

Wir könnten auch über solche Auffangstabilisatoren nachdenken, die wir in Deutschland diskutieren, also Kraftwerke, die wir vorhalten, die aber nur dann angeworfen werden, wenn der Ausfall da ist. Darum sind die ja so teuer. Das ist unser riesiges Problem im Moment. Man kann so etwas auch ausgleichen, indem man Kohlekraft aus Polen holt, wenn Leitungen vorhanden sind. Man kann auch diskutieren – in Deutschland vielleicht nicht –, ob man Kernenergie aus Frankreich nutzt, wenn Not am Mann ist. Wieso nicht? Man kann auch darüber diskutieren, ob man nicht, wenn man zu viel Strom produziert hat, ihn skandinavischen Ländern gibt. Da gibt es nämlich Möglichkeiten, Pumpspeicher zu nutzen und den Strom so zu speichern. Bei uns geht das nicht oder kaum.

Ich habe die Beispiele genannt, um Ihnen von diesen zentralen Fragen zu erzählen, wie es in der Zukunft weitergeht. Da könnte Europa zum Teil helfen, erneuerbare Energien europaweit zu fördern, statt in Deutschland das Geld zum Fenster rauszuschmeißen. Wieso machen wir eigentlich nicht ein Fördersystem auf europäischer Ebene? Wieso bauen wir nicht die Netze aus? Wieso trauen wir uns nicht, zu sagen: An der Stelle wäre mehr Europa doch klug und intelligent? Stattdessen wird im Bundeswirtschaftsministerium – so befürchte ich es –, im Moment die Rolle rückwärts organisiert, um das, was in den Koalitionsverhandlungen sehr bescheiden mit dem Bremsen angefangen hat, noch weiter zurückzuschrauben. Dazu sage ich Ihnen jetzt schon in aller Fröhlichkeit: Dann gibt es aber Krach, auch in meinem Verein, weil das unverantwortlich ist.

Wir haben in Europa die ganz wichtige Frage, wie wir Wachstum vorantreiben können. Ein elementarer Punkt für die Frage „Wachstum“ sind neben Technologie, Innovation und Qualifikation auch günstige und verlässliche Energiequellen. Da stehen wir in Europa nicht besonders gut da. Wenn in Amerika die Energiekosten die Hälfte unserer Kosten betragen, dann kann ich Ihnen sagen, wohin die großen Konzerne gehen werden. Das ist doch glasklar. BASF hat schon die erste Entscheidung getroffen. Wir können sagen, das macht uns nichts aus. Dann ist es halt so. Ich halte das aber für ein Riesenproblem.

Damit bin ich bei meinem fast Lieblingsthema, nämlich dem Thema, wie wir in Europa eigentlich wieder nicht nur eine Begeisterung, sondern auch eine Politik dafür hinbekommen, dass wir sagen: Jawohl, wir wollen Industrie und Wirtschaft in Europa haben. Ich habe den Eindruck, in den letzten Jahren hat die europäische Politik – manchmal auch die deutsche Politik – vorrangig darüber nachgedacht, mit welchen neuen Regelungen wir das Leben qualifizierter machen können, man könnte auch sagen: der Industrie das Leben erschweren können. Was da manchmal beschlossen wird, ist erschreckend und fürchterlich.

Wolfgang Schulhoff, ich stimme dir zu. Aber das sind nicht die Regeln allgemein und für sich. Ich bin für mehr Regeln und für die richtigen Regeln im Bankensektor. Ich bin für mehr Regeln, damit die Staaten sich nicht verschulden. Aber ich bin

für weniger Regeln in dem Bereich Klimaschutz und Sonstiges, um das einmal klar zu sagen. Da ist nach meiner Einschätzung maßlos übertrieben worden. Was soll das eigentlich?

Ich gebe zu, ich habe da immer einen alten Kaulauer. Ich habe drei Töchter, und ich hätte nichts dagegen, wenn sie in einer gesunden Umwelt groß werden, aber ich hätte auch nichts dagegen, wenn sie auch einen Job haben. Genau so ist das. Wieso sehen wir das eigentlich nur so einseitig? Jeder, der Energiepolitik macht, weiß, dass es um die Energieversorgungssicherheit geht, dass es um günstige Preise und um Klimasicherheit geht. Es geht aber um drei Elemente und nicht nur um eines.

Seit 2007/2008 macht sich fast die ganze Republik – in Europa ist es genauso – verrückt, weil wir alles nach einem Ziel ausrichten. Das führt dazu, dass wir wie die Weltmeister noch eine neue Verordnung, noch eine neue Richtlinie, noch eine Vorschrift und noch eine machen. Dann klagen am Ende alle. Ich wünschte mir, wenn man, bevor das losgeht, sagte: Das wollen wir gar nicht. Wir wollen eine Ausgewogenheit. Wir wollen ein bisschen Verlässlichkeit. – Wir haben in Europa beschlossen, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern, wir haben beschlossen, wir wollen 20 Prozent erneuerbare Energie und 20 Prozent weniger CO₂. Das kommt jetzt langsam in die Zielgerade.

Wir stehen vor der Frage, ob wir das weitertreiben wollen. Ich könnte Ihnen reihenweise Kollegen nennen – Sie würden sich wundern, von welchen Parteien die alle sind; aber das vertiefen wir jetzt nicht –, die auf die Idee kommen und sagen: Wir machen nicht 20, sondern 30 Prozent. Sie müssen überlegen, was das für Sie bedeutet, für jeden einzelnen Bürger, an Verteuerung, an Problemen. Das ist irre. Man kann doch nicht einfach so weitermachen. Man muss doch einmal innehalten und zur Kenntnis nehmen, dass es in Europa offensichtlich im Bereich der Wirtschaft ein paar Probleme gibt. Gott sei Dank verstehen das ein paar Kollegen in Griechenland, in Spanien, in Italien. Die merken langsam, dass diese Frage nicht mehr nur nach dem Motto „Hauptsache, die Welt retten“ geht, sondern auch danach, wie wir eigentlich die Wirtschaft voranbringen, wie wir Jobs schaffen, ob wir unserer Wirtschaft

vielleicht zu viel zumuten, ob wir vielleicht einmal eine Vorschrift weniger machen sollten.

Ich sage Ihnen auch in aller Ehrlichkeit: Das ist nicht immer nur eine blöde Idee von Politikern oder Beamten, sondern da kommen manchmal auch ganz tolle Vorschläge aus dem Kreis der Wirtschaft. Ich sage das, damit wir uns da alle ehrlich an die Hand nehmen. Ich könnte Ihnen Teile der Wirtschaft benennen, die mir mit sehr guten Argumenten erzählen, dass wir im Bereich der Energieeffizienz noch viel mehr machen müssten, dass wir viel höhere Ziele anstreben müssten. Wir müssten den Häuslebauern noch viel mehr Vorschriften machen. Das verstehe ich, weil man dann noch ein paar Geräte mehr verkaufen kann. Das ist auch nicht böse gemeint. Ich habe dafür volles Verständnis. Ich bitte aber in diesen Tagen, Wochen und Monaten, in denen wir Probleme haben, gemeinsam nachzudenken, ob das die erste Priorität ist oder nicht.

Das endet dann in diesen Ökodesignvorschriften. Die kennen Sie wahrscheinlich nicht. Aber eine Glühbirne kennen Sie. Das betrifft das Glühbirnenverbot. Duschkopf, Staubsauger – ich könnte noch eine ganze Palette nennen. Das sind dann genau die Konsequenzen solcher Veranstaltungen, wo der normale Bürger fragt: Haben die in die Brüssel eigentlich nichts anderes zu tun? Diese Menschen, die so fragen, haben Recht. Deswegen muss in der Europapolitik dafür geworben werden, dass wir uns mehr auf die wirklich zentralen Fragen konzentrieren, uns da auch für mehr Europa einsetzen, weil uns sonst die Hütte abbrennt oder meine Töchter in zehn oder 20 Jahren keine Jobs haben, um das einmal ganz praktisch zu sagen.

Wir sollten vielleicht in den Teilen, die im Moment nicht die oberste Priorität haben, einmal sagen: Machen wir das mal ein bisschen langsamer, machen wir das einen Schritt später, sehen wir uns einmal an, ob die Vorschrift zwingend sein müsste!

Der Industriekommissar Tajani hatte einen klugen Vorschlag. In einem Papier zur Industrieentwicklung stand: Jeder Vorschlag, jede Richtlinie der Europäischen Kommission soll, bevor sie in Kraft tritt, darauf geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in der Welt hat. Ein su-

per Satz. Bis jetzt nicht umgesetzt. Das würde mir schon reichen, weil dann jeder, der nachher bei einer Entscheidung die Hand hebt, sagen muss: Ich habe gewusst, welche Folgen das hat. Dann wäre ich gespannt, ob das dann noch so viele machten.

Ich könnte reihenweise Kollegen nennen, die im Europäischen Parlament fröhlich für die gute Welt von morgen stimmen. Aber wenn ich ihnen dann die örtliche Industrie einmal auf den Hals hetze, nämlich ihr Werk, das bei ihnen zu Hause ist, zum Beispiel das Zementwerk, das ihnen einmal praktisch erzählt, was es heißt, wenn wir die Emissionshandelswerte weiter so hochtreiben, dann werden die nachdenklich, überlegen und sagen, vielleicht machen wir es doch ein bisschen langsamer.

Genau das ist das Problem. Über Europa redet jeder, und jeder hat auch eine Meinung, wie mies wir sind, was wir alles falsch machen und dass die Welt untergeht und auch der Euro. Dazu gibt es ganz schnell Meinungen im Saal. Da bekommen Sie schnell Stimmung. Aber es sind relativ wenige, die dann einsteigen und sagen: Ich rufe jetzt einmal meinen Europaabgeordneten an und trete ihm einmal auf die Füße, wenn er so etwas macht. Das machen Sie doch in Berlin auch, wenn da Entscheidungen getroffen werden, die Ihnen nicht passen.

Nehmen Sie doch die europäische Politik viel normaler, viel direkter. Sie hat mittlerweile riesige Auswirkungen für den praktischen Alltag, viel mehr als viele glauben, und zwar nicht nur bei den Vorschriften im Detail, von denen das Handwerk betroffen ist. Da machen Sie das ja schon lange. Darin sind Sie Oberprofis und ständig unterwegs, wenn irgendwas anbrennt. Das ist ja richtig. Aber auch bei Fragen, die Querschnitt sind, will ich auch als Bürger ein Stück dafür werben, zu sagen: Das wollen wir nicht, was da betrieben wird. Wir wollen dieses Europa. Ich halte dieses Europa für die einzige Antwort, die mir auf die Herausforderungen dieses globalen Wettbewerbs einfällt. Ich habe keine andere Antwort. Allerdings muss man das gut machen. Das ist wahr. Das muss man gut machen, das muss man vernünftig machen. Das muss man mit Augenmaß machen, man muss Schritt für Schritt vorwärtsgehen. Man kann auch nicht alles auf einmal hinbekommen. Aber es lohnt sich.

Dass es sich lohnt, sehe ich im Moment daran, dass es auch in den Krisenstaaten langsam, aber sicher vorangeht. Natürlich sind Griechenland und Spanien noch nicht in Ordnung. Aber wenn da Wachstumszahlen erkannt werden und wenn sich die Lohnstückkosten anders entwickeln, dann finde ich das ein interessantes und schönes Signal.

Nun gehöre ich bedauerlicherweise auch zu der Abteilung „halb volles Glas“. Wir bekommen die Welt, die Politik oder die Wirtschaft nicht verändert, wenn man nur darüber nachdenkt, was alles schiefgelaufen ist. Man muss vielmehr schauen, wie man daraus lernen kann, man muss positive Entscheidungen treffen und überlegen, wie man verhindern kann, dass in Zukunft fehlerhafte Entscheidungen getroffen werden.

Sie glauben gar nicht, wie viele in Brüssel mittlerweile genauso denken, die diesem Klischee, das da unterwegs ist, schon lange nicht mehr entsprechen. Aber es ist nicht die Mehrheit. Jedes Mal, wenn man eine Entscheidung in einer dieser Fragen, die ich genannt habe, zu treffen hat, ist es so, dass wir manchmal gewinnen und manchmal auch verlieren. Das ist auch wahr. Ich wünschte mir schon, dass man ein bisschen Druck bekommt und man noch mehr Kollegen hätte, die genau diesen Weg gehen.

Ein allerletzter Hinweis: In den Koalitionsvereinbarungen gibt es im Europakapitel, das ich nicht unwesentlich habe mitschreiben können, weil ich mit Herrn Schulz diese Arbeitsgruppe geleitet habe, was nicht so ganz einfach war, um es einmal vorsichtig zu sagen – da war mancher Krach auszuhalten –, einen Satz, in dem der Sachverhalt steht, dass die neue Regierung die europäische Politik nach dem Prinzip der Subsidiarität ausrichten wird, das heißt die Entscheidung immer daran messen wird, auf welcher Ebene das am effektivsten zu machen ist. Ob das dann bei jeder Entscheidung auch so gemacht wird, ist die nächste Frage. Es ist aber unsere aller Aufgabe, da aufzupassen. Diese Koalition hat sich darauf festgelegt. Das war nicht einfach, aber es steht jetzt drin. Ich finde, das ist eine wunderbare Ausgangslage, aber nicht mehr. Es ist eine Chance, die man nutzen kann, um die europäische Politik in Richtung mehr Realismus, mehr Sachbezogenheit zu entwickeln.

Ich denke, dass die europäische Zukunft die richtige Zukunft ist. Es gibt wahnsinnig viele dicke Projekte, die noch bearbeitet werden müssen. Das geht leider nur Stück für Stück. Aber: Mischen Sie sich ein! Kümmern Sie sich darum! Es lohnt sich.

In diesem Sinne uns allen ein gutes 2014!

(Beifall)

Schlusswort

Prof. Dr. h.c. Wolfgang Schulhoff:

Lieber Herbert Reul, ganz herzlichen Dank für deinen Vortrag. Ich freue mich über deinen Optimismus. Nur sei mir nicht böse, ich habe da doch meine Zweifel.

Im Maastricht-Vertrag steht im Grunde alles richtig drin. Aber er wurde nicht eingehalten, sondern mehrfach gebrochen.

Ich freue mich natürlich über jeden Optimisten. Aber da ich lange in der Politik war und mich mit Europa sehr beschäftigt habe, weiß ich auch, dass kritische Anmerkungen selten gehört werden. Ich verspreche eines – Sie sind ja unser neuer Abgeordneter –, wir werden Sie fordern.

Nochmals herzlichen Dank.

Jetzt wünsche ich einen guten Appetit und weiterhin einen schönen Abend.

(Beifall)



Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“

- 1.2013 Wer regiert uns wirklich: Markt oder Politik? – Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht. Dokumentation des Dreikönigsforums am 17. Januar 2013
- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft? Dokumentation des Dreikönigsforums am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft - Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance. Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung - Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem - Was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von Handwerk und Mittelstand? Dokumentation des Dreikönigsforums am 10. Januar 2008
- 1.2007 Was ist die Mitte unserer Republik? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2007
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln
- 1.2006 Europa - Qua vadis? Wie kann dem Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene Geltung verschafft werden? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2006
- 2.2005 Aufbruch im größten Bundesland - Nordrhein-Westfalen nach der Entscheidung des Wählers Round-Table-Gespräch mit Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Dokumentation der Veranstaltung „Politik im Dialog“ am 7. Juli 2005
- 1.2005 Nordrhein-Westfalen - Wie lässt sich ein Aufbruch für das größte deutsche Bundesland erreichen? Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2005
- 3.2004 Mehr Freiheit wagen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr. Jürgen Rüttgers MdL am 18. November 2004 in Köln

Nordrhein - Westfälischer Handwerkstag

Georg-Schulhoff-Platz 1

40221 Düsseldorf

Telefon 0211 396848

Telefax 0211 9304966

www.nwht.de

info@nwht.de